

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXVII. Jahrgang, Nr. 7

Juli 1954

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Anhaltende Belebung der Binnenkonjunktur — Guter Start der Fremdenverkehrssaison — Hohe Steuereingänge
— Lockerung der Devisenbewirtschaftung

*Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Industrie-
produktion — Umsätze und Verbrauch — Arbeitslage — Verkehr und Fremdenverkehr; Verkehr und Fremden-
verkehr im 1. Halbjahr 1954 — Außenhandel*

Hauptprobleme der Land- und Forstwirtschaft in Tirol und Vorarlberg

Die Entwicklung des österreichischen Eisenbahntransitverkehrs

Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Anhaltende Belebung der Binnenkonjunktur — Guter Start der Fremdenverkehrssaison
— Hohe Steuereingänge — Lockerung der Devisenbewirtschaftung

Österreich wurde im Juli von einer schweren Hochwasserkatastrophe heimgesucht. Nach den bisher vorliegenden, noch unvollständigen Meldungen mußten fast 40.000 Menschen evakuiert werden. Die Fluten überschwemmten 93.000 ha Land, davon ein Drittel Ackerfläche, vernichteten 5.000 Stück Großvieh und einen Großteil des Wildes in den Auwäldern. Die Ernteverluste werden auf mindestens 300 Mill. S geschätzt. Über 100 Gebäude wurden zerstört und weitere 2.000 schwer beschädigt, vielfach in Städten, die ohnehin unter Wohnungsnot leiden. Die österreichische Bundesregierung bemüht sich, unterstützt durch Spenden aus dem In- und Auslande, die ärgste Not in den betroffenen Gebieten zu lindern und einen planmäßigen Wiederaufbau einzuleiten.

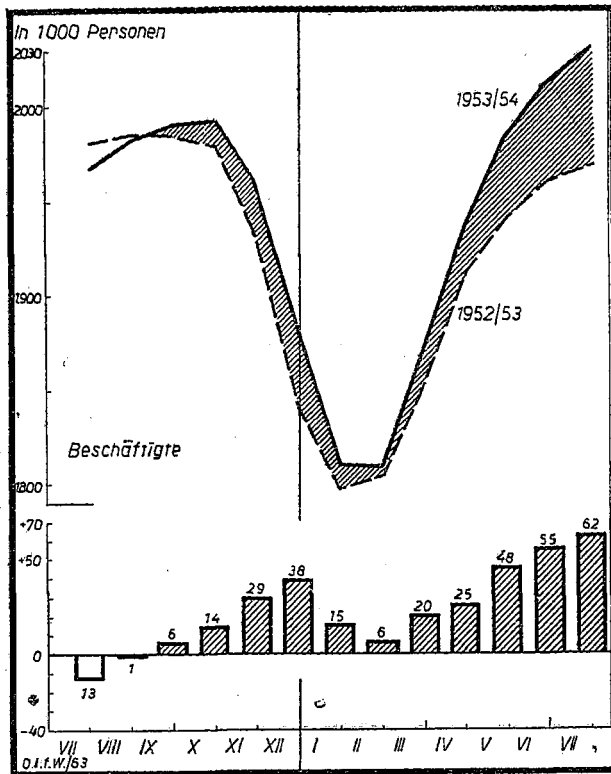
Die konjunkturelle Belebung der Wirtschaft hält auch im Sommer an. Die ursprünglich auf einige exportorientierte Zweige und auf die Bauwirtschaft beschränkten Auftriebskräfte greifen zunehmend auch auf bisher stagnierende Zweige über und beleben den Binnenmarkt auf breiterer Front. Beschäftigung, Industrieproduktion und Einzelhandelsumsätze entwickelten sich daher günstiger als saisongemäß zu erwarten war. Der Sommerreiseverkehr setzte bereits

im Juni kräftig ein, die Ausfuhr hält nach wie vor auf hohem Niveau. Nur die Landwirtschaft produziert heuer weniger als im Vorjahr, da die Getreidernte nur mittelgut ist und das ungünstige Wetter den Gemüsebau behindert.

Die Zahl der *Beschäftigten* stieg im Juli mit 20.000 fast ebenso stark wie im Juni, wiewohl die saisonalen Auftriebskräfte schwächer werden. Ende Juni waren 2.028.900 unselbständige Arbeitskräfte beschäftigt, um 220.000 mehr als im Höhepunkt der Winterarbeitslosigkeit (Ende Februar) und um 62.100 oder 3,2% mehr als im Juli 1953. Wenn die günstige Entwicklung anhält, dürfte die Beschäftigung heuer im Herbst den bisherigen Rekordstand vom Oktober 1951 (2.051.100 Beschäftigte) erreichen oder gar überschreiten. Die gewerbliche Wirtschaft beschäftigt bereits seit Juni mehr Arbeitskräfte als im Konjunkturjahr 1951.

Der Zustrom Jugendlicher auf den Arbeitsmarkt war heuer unmittelbar nach Schulschluß besonders stark. Das statistisch erfaßte Angebot an Arbeitskräften stieg im Juli um 9.500 und war um 37.700 höher als im Vorjahre. Trotzdem nahm die Zahl der *vorgemerkten Stellensuchenden* um weitere 10.600

Starke Zunahme der Beschäftigung (Normaler Maßstab; 1.000 Personen)



Die Zahl der Beschäftigten ist seit dem Höhepunkt der Winterarbeitslosigkeit (Februar 1954) übersaisongemäß gestiegen. Ende Februar beschäftigte die Wirtschaft nur um 5.500, Ende Juli aber bereits um 62.100 Arbeitskräfte mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Wenn die günstige Entwicklung anhält, dürfte im Herbst der bisherige Höchststand vom Oktober 1951 erreicht oder gar überschritten werden.

Personen ab. Sie war mit 109.900 um 24.400 niedriger als im Juli 1953 und unterschritt erstmals um 7.000 den Stand vom Jahre 1952. Mehr Arbeitssuchende als im Vorjahr gab es – soweit bisher Aufgliederungen vorliegen – nur noch bei den Gaststättenarbeitern und vermutlich auch bei den Nahrungsmittelarbeitern und Hilfsarbeitern. In allen anderen Berufsgruppen ist die Arbeitslosigkeit bereits unter den Vorjahresstand gesunken, am stärksten bei den Bau- und Metallarbeitern. Selbst die Zahl der arbeitslosen Landarbeiter ist geringer, obwohl die Landwirtschaft Arbeitskräfte nur sparsam einsetzt und die Erntearbeiten großteils durch Maschinen verrichten läßt (für die Getreideernte wurden heuer 2.000 Mähdrescher verwendet gegen nur 1.200 im Vorjahre).

Trotz der für die Sommermonate noch immer relativ hohen Rate der Arbeitslosigkeit von 5,1% fehlen in einigen Berufen bereits leistungsfähige Facharbeiter. Im Baugewerbe konkurrieren die Be-

triebe durch Sonderzulagen und Prämien um qualifizierte Arbeitskräfte, auch Elektroinstallateure, Möbeltischler, Köche und einige andere Facharbeiter werden allmählich knapp. Der Mangel an Facharbeitern steigert die Kosten, verschlechtert die Qualität der Erzeugnisse und erschwert eine Mengenkonzunktur. Das Facharbeiterproblem mag heuer noch nicht so brennend sein, da der Saisonhöhepunkt knapp bevorsteht und die Nachfrage nach Arbeitskräften spätestens ab Oktober saisonbedingt zurückgehen wird. Im kommenden Jahr wird jedoch das Sozialprodukt nur dann stärker erhöht und die Arbeitslosigkeit weiter gesenkt werden können, wenn durch Glättung übermäßiger Saisonschwankungen im Baugewerbe sowie durch Umschulung und Anlernung unqualifizierter Arbeitskräfte rechtzeitig für ein ausreichendes Angebot leistungsfähiger Facharbeiter vorgesorgt wird.

Der Index der *Industrieproduktion* sank im Mai um 1,4% auf 191,1 (1937 = 100). Der geringfügige Rückgang erklärt sich jedoch ausschließlich aus der hohen Zahl von Sonn- und Feiertagen (7 gegen 5 im April). Je Arbeitstag wurde um 6% mehr produziert als im April. Der nachhaltige Konjunkturauftrieb – von Jänner bis Mai stieg die Produktion um 31%, fast doppelt so stark als saisongemäß zu erwarten war – hat nahezu alle Industriezweige erfaßt. Die Grundstoffindustrien, wie die Eisen- und Metallhütten, der Bergbau und die Baustoffindustrie sind ausgezeichnet beschäftigt und nützen vielfach ihre Kapazitäten voll aus. Aber auch die lange Zeit stagnierende Produktion fertiger Investitionsgüter nimmt wieder zu. Die Elektroindustrie produziert mehr Maschinen und Großaggregate und die Fahrzeugindustrie zieht aus der fortschreitenden Motorisierung Nutzen (im Mai wurden trotz Liberalisierung der Importe mehr als doppelt so viel Personenkraftwagen assembliert als ein Jahr vorher). Die Maschinenindustrie erzeugte im I. Quartal noch um 8,4% weniger, im April und Mai aber bereits um 11% und 20% mehr als im Jahre 1953. Von den Konsumgüterindustrien sind die Papierindustrie und die dauerhafte Konsumgüter erzeugenden Betriebe am besten beschäftigt. Aber auch die Textilindustrie hat ihre Produktion seit März weniger als saisongemäß eingeschränkt und produziert mehr als im Konjunkturjahr 1951. Nach den Ergebnissen des Konjunkturtestes konnten die meisten Zweige ihre Produktion im Juni und vereinzelt sogar auch im Juli weiter ausweiten. Der in den Sommermonaten übliche Produktionsrückgang dürfte daher heuer nur verhältnismäßig schwach sein.

Gleichzeitig mit der Produktion steigt die *Produktivität*. Im Mai wurde je Beschäftigten um 16,5% mehr erzeugt als im Vorjahr, gegen nur 6,6% im Durchschnitt des I. Quartals 1954. Die sprunghafte Produktivitätssteigerung in der Industrie — in den anderen Wirtschaftszweigen dürfte sie viel geringer sein — kam hauptsächlich dadurch zustande, daß früher unproduktiv oder nicht voll beschäftigte Arbeitskräfte mit steigender Produktion wieder produktiv eingesetzt wurden. Dazu kam, daß die Industrie in den letzten Jahren mehr und mehr von Erweiterungs- zu arbeitssparenden Rationalisierungsinvestitionen überging und die Produktion in kapitalintensiven Zweigen vielfach stärker stieg als in arbeitsintensiven. Nicht zuletzt dürften die höheren Löhne und Soziallasten, die meist nicht oder nur teilweise auf die Preise überwältzt werden konnten, viele Unternehmungen bewogen haben, mit Arbeitskräften zu sparen und Neueinstellungen nur in dringenden Fällen vorzunehmen. Mit fortschreitender Konjunkturbelebung werden jedoch die verfügbaren Produktivitätsreserven immer geringer. Eine weitere Ausweitung der Produktion dürfte daher künftig verhältnismäßig rasch und in annähernd gleichem Maße zu einer zusätzlichen Nachfrage nach Arbeitskräften führen.

Die Umsätze im *Einzelhandel* stiegen im Juni dank dem späten Pfingstfest und dem schönen Wetter entgegen den Saisonerwartungen um 2%. Der Umsatzausfall vom Mai konnte dadurch teilweise aufgeholt werden. Das gilt besonders für den Schuhhandel, der um 7% mehr verkaufte als im Mai, wiewohl die Umsätze gewöhnlich um über 20% zurückgehen. Er konnte daher seine Vorräte an Sommerware stark lichten und gab größere Bestellungen für den Herbst auf. Auch Lebensmittel, Porzellan, Lederwaren und selbst Tabakwaren gingen verhältnismäßig gut. Dagegen scheint die bisher bemerkenswert lebhaftete Konjunktur für Möbel schwächer zu werden: die Umsätze gingen um 1% zurück, während sie im Vorjahr um 7% zunahmen. Übersaisonnäßig stark (um 15% gegen 9% im Vorjahre) sanken weiters die Umsätze an Textilien und Bekleidung, wiewohl bereits das Maigeschäft wenig befriedigt hatte. Besonders schwach war die Nachfrage nach Meterware und Konfektion, während Wirk- und Strickwaren etwas besser gingen. Ein namhafter Teil der Sommerware konnte erst im Rahmen von Räumungsverkäufen zu stark reduzierten Preisen abgestoßen werden.

Die Umsätze im *Außenhandel* waren im Juli saisongemäß etwas niedriger als im Vormonat: die

Ausfuhr ging um 40 Mill. S auf 1.290 Mill. S und die Einfuhr um 73 Mill. S auf 1.293 Mill. S zurück. Die Handelsbilanz war im Gesamtverkehr praktisch ausgeglichen und im kommerziellen Verkehr mit 51 Mill. S aktiv. Der leichte Rückgang der *Ausfuhr* beschränkte sich, ebenso wie in den Vormonaten, vorwiegend auf Fertigwaren. Rohstoffe und Halbwaren konnten dagegen, dank der guten Konjunktur Westeuropas, in größeren Mengen und vielfach auch zu höheren Preisen exportiert werden; ihr Anteil an der Gesamtausfuhr stieg von 55% auf 57%. Im ganzen hat sich die Ausfuhr — wie die saisonbedingt leicht rückläufige Tendenz seit März zeigt — auf hohem Niveau stabilisiert. Da sie im Jahre 1953 in den Sommermonaten kräftig gestiegen war, wird der Vorsprung des Exportvolumens gegenüber dem Vorjahre geringer. Im Juni betrug er nur noch 23% gegen 30% im I. Quartal 1951.

Der Rückgang des *Einfuhrwertes* war hauptsächlich niedrigeren Importpreisen zu danken. Das Einfuhrvolumen war mit 109% von 1937 nur um einen Punkt niedriger als im Mai und um 28% höher als im Juni 1953. Gegenüber Mai wurden vor allem weniger Rohstoffe und Halbwaren eingeführt. Dagegen blieb die Einfuhr fertiger Waren ebenso hoch wie im Vormonat und erreichte relativ mit 31% der Gesamteinfuhr sogar einen neuen Rekordstand. Die künftige Entwicklung der Einfuhr wird nicht nur durch die gute Binnenkonjunktur und die fortschreitende Liberalisierung, sondern auch durch das geringere Angebot heimischer landwirtschaftlicher Produkte beeinflußt werden. Während im Wirtschaftsjahr 1953/54 dank der Rekordernte 1953 und relativ hohen Vorräten nur 163.200 t Brotgetreide eingeführt werden mußten, dürfte der Importbedarf im Wirtschaftsjahr 1954/55 wieder annähernd den Vorkriegsdurchschnitt (348.000 t) erreichen.

Der *Fremdenverkehr* ist im Juni kräftig ange laufen. Die Zahl der Übernachtungen stieg sprunghaft von 1'07 Mill. auf 2'11 Mill., den bisher höchsten Stand um diese Jahreszeit. Vor allem ausländische Reisende kamen schon in der Vorsaison in großer Zahl nach Österreich. Die Zahl der Ausländer-Übernachtungen war mit 1'05 Mill. um 42% höher als im Juni 1953 und zum ersten Male annähernd gleich hoch wie die inländischer Reisender. 60% aller Ausländer-Übernachtungen entfielen auf deutsche Besucher. Die Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr erreichten 255 Mill. S und überstiegen, trotz weitgehender Liberalisierung des Reiseverkehrs, bedeutend die Ausgaben von Österreichern im Auslande (43 Mill. S). Im Juli dürfte allerdings das kühle und regnerische Wetter sowie die Hoch-

wasserkatastrophe viele ausländische Gäste bewegen haben, geplante Besuche abzusagen oder aufzuschieben.

Die steigende Tendenz von *Preisen* und *Löhnen*, die zeitweise kumulativen Charakter anzunehmen drohte, scheint dank den Stabilisierungsbemühungen der Regierung und der Interessenvertretungen nachzulassen. Einige Nahrungsmittel wurden allerdings auch im Juli noch teurer. Da die heimische Landwirtschaft im Wochendurchschnitt um 26% weniger Schweine und um 13% weniger Rinder auf den Wiener Markt lieferte als im Juni, zogen trotz zusätzlichen Einfuhren vor allem die Preise für Schweine bis zu 10% an. Die amtlichen Höchstpreise für Lebenschweine wurden dadurch umgangen, daß bessere Qualitäten nur zum Schlachtgewichtspreis verkauft wurden. Auch einzelne Rindfleischsorten wurden bis Monatsmitte noch teurer. Dazu kam, daß die Hochwasserschäden und die ungünstige Witterung das Gemüseangebot verknappten. Im Juli wurden nur 8.193 t Gemüse (davon 1.370 t aus dem Ausland) nach Wien geliefert, um 17% weniger als im Juli 1953. Die Preise stiegen daher vielfach entgegen den Saisonserwartungen und waren durchschnittlich um die Hälfte höher als im Vorjahr.

Von den verfügbaren Preisindizes stiegen die Kleinhandelspreise von Mitte Juni bis Mitte Juli um 0,3% auf 686 (März 1938 = 100), den bisher höchsten Stand. Der Lebenshaltungskostenindex blieb mit 676,4 praktisch unverändert: Verbilligungen von Speckfilz, Schmalz, Äpfeln und Kartoffeln kompensierten die Verteuerungen von Fleisch, Gemüse und Eiern. Die relativ starke Erhöhung des Index der Großhandelspreise (um 5,5%) ging hauptsächlich darauf zurück, daß im Indexschema alte durch heurige Kartoffeln ersetzt wurden.

Die Hausse der Gemüse- und Fleischpreise beginnt jedoch abzuflauen. Die Gemüsepreise sind Anfang August stark gesunken, zum Teil wieder auf den Vorjahresstand. Auch auf dem Rindermarkt zeichnet sich seit Mitte Juli ein leichter Preisrückgang ab, der sich mit Beginn des Almatrubs im September verstärken dürfte. Inländische Schweine werden allerdings auch in den nächsten Wochen nur in geringen Mengen auf den Markt kommen. Die geplante Einfuhr relativ billiger ausländischer Schweine — im August rund 10.000 Stück — dürfte jedoch ausreichen, die Märkte zu entspannen. Auf längere Sicht ist zweifellos mit sinkenden Schweinepreisen zu rechnen, da die Landwirtschaft die Aufzucht wieder verstärkt. Mitte 1954 wurden 153.200 trächtige Sauen gezählt, um 16% mehr als ein Jahr vorher.

Die von den Gewerkschaften zu Jahresbeginn gestartete Lohnbewegung läuft allmählich aus. Im Juli erhielten die graphischen Arbeiter, die landwirtschaftlichen Arbeiter auf Gutsbetrieben, die Arbeitnehmer im Bewachungsgewerbe und verschiedene Gruppen von Nahrungs- und Genußmittelarbeitern Lohnerhöhungen zwischen 4 und 12%. Außerdem wurde die Entnivellierung der Angestelltegehälter fortgesetzt. Abgesehen von den öffentlichen Angestellten, deren Bezüge Anfang Oktober nachgezogen werden, und den Textil- und Bekleidungsarbeitern, die eine 12%ige Lohnerhöhung fordern, haben nunmehr alle wichtigen Arbeiter- und Angestelltengruppen höhere Löhne durchgesetzt. Die Gewerkschaften dürften zunächst keine neuen Forderungen erheben, sofern sich die Preise beruhigen.

Die Belebung der Wirtschaft entlastete die Budgets der öffentlichen Körperschaften. Die Bruttoeinnahmen an *öffentlichen Abgaben* erreichten im 1. Halbjahr 1954 8.221 Mill. S gegen nur 7.654 Mill. S im 1. Halbjahr 1953. Von den Mehreinnahmen in Höhe von 567 Mill. S flossen 305 Mill. S dem Bund und 262 Mill. S den Ländern und Gemeinden zu. Dieses Ergebnis ist umso bemerkenswerter, als auf Grund der Ermäßigung der Einkommensteuer mit niedrigeren Einnahmen, vor allem an Lohnsteuer, gerechnet werden mußte. Dank der zunehmenden Beschäftigung und den steigenden Bruttolöhnen hielt sich jedoch dieser Ausfall mit 200 Mill. S in verhältnismäßig engen Grenzen. Die veranlagte Einkommensteuer warf sogar um 106 Mill. S höhere Erträge ab, da die Vorauszahlungen bisher nur zu einem geringen Teil den niedrigen Steuersätzen angepaßt wurden und die im Durchschnitt gegenüber dem Jahre 1951 etwas höheren Gewinne des Jahres 1952 erst im Laufe des Jahres 1953 veranlagt wurden. Auch die indirekten Steuern wurden dank der konjunkturellen Belebung ergiebiger. An Umsatzsteuer gingen um 160 Mill. S mehr ein, wiewohl die Exportvergütungen stark zugenommen haben. Die Einnahmen aus Zöllen waren um 152 Mill. S, aus Verbrauchssteuern um 59 Mill. S und aus Gebühren und Verkehrssteuern um 42 Mill. S höher als im 1. Halbjahr 1953.

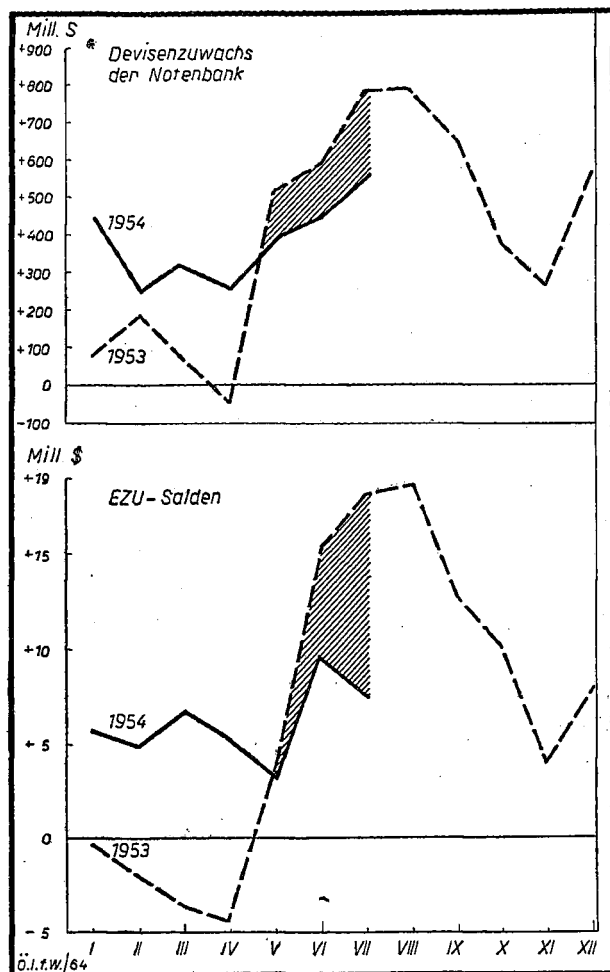
Auf Grund der Ergebnisse des 1. Halbjahres kann für 1954 mit Bundeseinnahmen aus öffentlichen Abgaben von rund 11,9 Mrd. S gerechnet werden, d. s. um über 1 Mrd. S mehr als im Voranschlag 1954. Wiewohl der Bund für Beamtengehälter, Pensionen, Renten und verschiedene andere Zwecke auch mehr ausgeben wird, dürfte im Jahre 1954 zumindest das ordentliche Budget ausgeglichen werden können (der Voranschlag hatte mit einem Abgang

von 650 Mill. S gerechnet). Ein ähnlich günstiges Ergebnis wie im Jahre 1953, als die laufenden Einnahmen die Gesamtausgaben einschließlich Investitionen deckten, ist allerdings kaum zu erwarten.

Die Ausweitung des nominellen und realen Sozialproduktes wird hauptsächlich durch Geldschöpfung in Form zusätzlicher Banknoten und Scheckeinlagen finanziert. Das gesamte *Geldvolumen* stieg im Juni neuerlich um 679 Mill. S; es war mit 25.477 Mill. S um 2.323 Mill. S oder 10% höher als zu Jahresbeginn (im 1. Halbjahr 1953 hatte es nur um 6,4% zugenommen). Fast die gesamte Ausweitung des Geldvolumens geht auf Gold- und Devisenkäufe der Notenbank zurück, die im 1. Halbjahr 1954 ihre ausgewiesenen valutarischen Bestände um 2.134 Mill. S und im Juli um weitere 560 Mill. S erhöhen konnte. Sie erreichten Ende Juli 9.750 Mill. S und deckten 66% des Gesamtumlaufes der Notenbank (86% des Notenumlaufes). Dagegen hielt sich die Kreditexpansion annähernd im Rahmen der anhaltend hohen Neuzugänge auf Sparkonten. Die Counterpartgebarung wirkte in den letzten Monaten sogar leicht restriktiv, da sich die vorgesehene Freigabe von 850 Mill. S verzögerte.

Hand in Hand mit der Zunahme der liquiden Mittel der öffentlichen und privaten Wirtschaft setzt sich die *Verflüssigung des Geldmarktes* fort. Das den Exporteuren für Devisen zur Verfügung gestellte Notenbankgeld wird in der Regel nur teilweise für Barzahlungen verwendet. Ein erheblicher Teil fließt den Kreditinstituten zu, vermehrt ihre Liquiditätsreserven und sichert ihnen damit eine dominierende Stellung auf dem Geldmarkt. Der seit nunmehr fast zwei Jahren anhaltende Strom flüssiger Mittel zu den Kreditinstituten wurde zwar in jüngster Zeit schwächer, da die Belebung der Wirtschaft und Saisoneinflüsse (Ernte, Fremdenverkehr) den Bargeldbedarf erhöhten. Im Juni und Juli stieg der Notenumlauf um 669 Mill. S, gegen nur 159 Mill. S in den ersten fünf Monaten des Jahres 1954. Trotzdem hält der Druck auf die Zinssätze und die Konkurrenz der Kreditinstitute um ertragbringende Anlagen unvermindert an. Kennzeichnend hierfür ist die Entwicklung auf dem Pfandbriefmarkt. Wiewohl im 1. Halbjahr 1954 77 Mill. S Pfandbriefe emittiert wurden, um 60 Mill. S mehr als im 1. Halbjahr 1953, konnte die Nachfrage nicht voll befriedigt werden. Die Rendite für Pfandbriefe sank daher von 7,3% auf 6,5%. Gleichzeitig werden im Rahmen verschiedener Sonderaktionen billigere Kommerzkredite angeboten. So wird ein Bankenkonsortium im Wege der Volksbanken 62 Mill. S und die Girozentralen im Wege der Sparkassen 70 Mill. S Kredite an kleine Gewerbe-

Geringere Devisenüberschüsse als im Vorjahr
(Normaler Maßstab; Mill. S bzw. Mill. \$)



In den ersten vier Monaten 1954 waren sowohl die Monatsalden in der EZU-Abrechnung als auch die Gold- und Devisenkäufe der Notenbank ständig bedeutend höher als in den gleichen Monaten 1953. Dank der Liberalisierung des Handels- und Zahlungsverkehrs und der fortschreitenden Belebung der Binnenkonjunktur hat sich jedoch der Devisenzustrom seit Mai relativ — im Vergleich zum Vorjahre — verlangsamt. Im Juli waren die Gold- und Devisenkäufe der Notenbank um 219 Mill. S und der EZU-Saldo um 10,5 Mill. \$ niedriger als im Juli 1953.

betriebe zu ermäßigten Zinssätzen (6%) vergeben, wiewohl Kleinkredite höhere Spesen verursachen als Großkredite.

Angesichts des hohen Produktions- und Beschäftigtenstandes und der sich vereinzelt bereits abzeichnenden Engpässe an Arbeitskräften und sachlichen Produktionsmitteln, drängt sich die Frage auf, ob die von der Zahlungsbilanz ausgehenden monetären Auftriebskräfte auf die Dauer nicht zu stark werden. Das gilt umsomehr, als die Sekundärwirkungen des Devisenzustromes — ihr Einfluß auf die Veranlagungspolitik der Kreditinstitute — erst nach einiger Zeit

fühlbar werden. Um dieser Gefahr zu begegnen, haben die Währungsbehörden zunächst ab Mitte August die Devisenbewirtschaftung in wichtigen Punkten gelockert. EZU-Devisen brauchen künftig ebenso wie Gold nicht mehr an die Notenbank abgeliefert werden, sondern können unbeschränkt auf Fremdwährungskonten bei den Banken gehalten und untereinander konvertiert werden. Gleichzeitig dürfen nach EZU-Ländern Beträge in Höhe von 500 S beliebig oft ohne Verwendungsnachweis transferiert werden.

Diese Maßnahmen erleichtern den internationalen Zahlungsverkehr und bedeuten einen weiteren Schritt zum Abbau überflüssiger Bewirtschaftungsmaßnahmen. Ihr währungspolitischer Effekt darf jedoch nicht überschätzt werden. Die Exporteure werden – wenn sie die Gewißheit haben, daß sie jederzeit Devisen kaufen können – ihre Devisenerlöse auch künftig verhältnismäßig kurzfristig in Schilling umtauschen, die sie für laufende Zahlungen benötigen oder zur Tilgung verhältnismäßig teurer Bankkredite verwenden können. Auch die freien Überweisungen von Kleinbeträgen dürften sich in engen Grenzen halten. Ähnliches gilt für die seit Jahresbeginn schrittweise erweiterte Dezentralisierung des Zahlungsverkehrs mit

dem Auslande. Sie gibt zwar den Banken die Möglichkeit, Devisenreserven zu halten und bindet damit einen Teil ihrer flüssigen Mittel. Die Banken dürfen jedoch nur soviel Devisen erwerben, als sie zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs benötigen und haben selbst nur ein geringes Interesse an hohen Fremdwährungsguthaben, da sie nicht oder nur sehr niedrig verzinst werden und mit einem Kursrisiko behaftet sind. Außerdem hätte die Aufstockung größerer Devisenreserven bei den Banken nur eine optische Wirkung: sie würde die Giroverbindlichkeiten der Notenbank gegenüber Kreditinstituten und damit den Gesamtumlauf (nicht aber den Notenumlauf) verringern, die potentielle Liquidität der Kreditinstitute jedoch nicht beeinträchtigen, da Devisen im Bedarfsfalle jederzeit in Notenbankgeld umgewandelt werden können. Auf die Dauer lassen sich – wenn man von der für ein kapitalarmes Land wohl kaum zu empfehlenden Möglichkeit, langfristiges Kapital zu exportieren, absieht – die von der aktiven Zahlungsbilanz ausgehenden Auftriebskräfte nur eindämmen, wenn durch Mehreinfuhr von Gütern und Leistungen der Devisenstrom selbst verlangsamt wird, unabhängig davon, ob er zur Notenbank geht oder bei den Exporteuren oder Banken verbleibt.

Wahrung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu Statistische Übersichten 1.1 bis 1.7

Der Devisenzustrom ist weiterhin schwacher als im Vorjahr. Im Juni und Juli erwarb die Notenbank per Saldo 449 Mill. S und 560 Mill. S Gold und Devisen, um 130 Mill. S und 219 Mill. S weniger als in den gleichen Monaten des Vorjahres. Der Überschuß in der EZU war im Juli mit 7,6 Mill. \$ trotz dem Anlaufen des Sommerreiseverkehrs um 2,0 Mill. \$ niedriger als im Juni und lag um 10,5 Mill. \$ unter dem Vorjahresstand.

Der Rückgang der Devisenkäufe der Notenbank gegenuber dem Vorjahre erklärt sich grotenteils aus einer echten Verminderung der Zahlungsbilanzberschsse. Die fortschreitende Belebung der Binnenkonjunktur und die Liberalisierung des Handels- und Zahlungsverkehrs lassen die Devisenausgnge stärker steigen als die Deviseneingnge. Außerdem wird mit der fortschreitenden Dezentralisierung des Zahlungsverkehrs mit dem Auslande ein Teil des Devisenzustromes von den Kreditinstituten aufgenommen und scheint daher weder im Notenbankausweis noch in der EZU-Abrechnung auf. Die Kreditinstitute brauchen diese Guthaben in ausländischer Wahrung, um den Zahlungsverkehr mit dem Ausland rasch und reibungslos abwickeln zu können. Die Aufstockung der Devisenreserven der Banken dürfte allerdings nur vorübergehend den Devisenzustrom zur Notenbank abschwächen. Abgesehen davon, daß die Banken nur bis zu einer bestimmten Höhe Devisen erwerben dürfen, sind sie selbst daran interessiert, ausländische Guthaben nur in der zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs notwendigen Höhe zu halten, da die Zinssätze im Ausland meist niedriger sind als im Inland und ausländische Werte mit einem Kursrisiko belastet sind.

Die Nationalbank wird ab Mitte August die Devisenbewirtschaftung weiter lockern. Die Ablieferungspflicht für Gold und EZU-Devisen wird aufgehoben und EZU-Devisen werden untereinander für konvertierbar erklärt. Weiters können künftig 500 Schilling ohne Verwendungsnachweis nach EZU-Ländern überwiesen werden. Außerdem sind seit Juli etwa die Hälfte der Sperrschilling-Guthaben in Höhe von rund 180 Mill. S transferierbar. Diese Maßnahmen werden den internationalen Zahlungsverkehr vereinfachen und beschleunigen. Nennenswerte Rückwirkungen auf die Devisenbilanz und auf die innere Wahrungssituation sind jedoch kaum zu erwarten. Die Exporteure werden auch künftig nur geringe Fremdwahrungsguthaben halten, da die Manipulationsspesen, die Verkauf und Ankauf von Devisen ver-

ursachen, durch die hohen Zinsen für inländische Kredite mehr als aufgewogen werden und viele Betriebe Schilling für laufende Zahlungen benotigen. (Schon bisher wurde die für die Devisenablieferung festgesetzte Frist von 180 Tagen nicht voll ausgenutzt.) Auch die Überweisungen kleinerer Beträge, hauptsächlich für Geschenke und Unterstützungen, werden sich in engen Grenzen halten, so lange die Wahrung stabil ist und das inländische Zinsniveau über dem ausländischen liegt.

Das gesamte Geldvolumen stieg im Juni um 679 Mill. S, um 452 Mill. stärker als im Mai und um 97 Mill. S stärker als im Juni 1953. Vom Zuwachs entfielen 388 Mill. S auf Scheckeinlagen und 290 Mill. S auf Noten und Münzen. Neben den Netto-Devisenkufen der Notenbank wirkte hauptsächlich die Ausweitung der kommerziellen Kredite um 188 Mill. S expansiv. Außerdem haben vermutlich Devisenkäufe der Banken und die Bereitstellung von Anleiheerlosen für öffentliche Körperschaften das Geldvolumen erhöht. Die quantitative Bedeutung dieser beiden Faktoren läßt sich jedoch statistisch nicht nachweisen. Restriktiv wirkten dagegen die Eingänge auf Sparkonten, die im Juni mit 152 Mill. S neuerlich um 47 Mill. S höher waren als ein Jahr vorher und die Geldbewegung auf dem Counterpart-Konto, die im Juni 22 Mill. S und im Juli weitere 70 Mill. S aus dem Umlauf zog. Die restriktive Wirkung des Counterpart-Kontos geht hauptsächlich darauf zurück, daß die vorgesehene Freigabe von 850 Mill. S bisher aus wahrungspolitischen Gründen – um die berkonjunktur in der Bauwirtschaft nicht zu verstärken – zurückgehalten wurde. Eine Steuerung des Geldumlaufes durch die Counterpart-Politik ist jedoch nur noch innerhalb enger Grenzen möglich, da die Eingänge stark zurückgehen. Im II. Quartal 1954 betragen sie nur 210 Mill. S gegen 580 Mill. S im II. Quartal 1952.

Die leichte Anspannung des Geldmarktes zu Halbjahresresultato, auf die bereits im letzten Bericht hingewiesen wurde, spiegelt sich auch in der Bankenstatistik wider. Die I. Liquidität der dem Bankenabkommen unterliegenden Institute ging im Juni zum ersten Male seit Jahresbeginn von 29,2% auf 27,4% zurück. Im Juli hat sich jedoch der Geldmarkt weiter verflüssigt, wiewohl der Notenumlauf ziemlich stark (um 343 Mill. S) zunahm. Die Kreditinstitute erhöhten ihre freien Giro Guthaben bei der Notenbank um 83 Mill. S, mußten allerdings gleichzeitig ihr Wechselobligo um 15 Mill. S vergroern. Die hohe Liquidität übt weiterhin einen starken Druck auf die Zinssätze aus und veranlaßt die Kreditinstitute zu verschiedenen Sonderaktionen. Um den Kreditbedarf

des Gewerbes zu befriedigen, wird ein Bankenkonsortium im Wege der Volksbanken 62 Mill. S und die Girozentrale im Wege der Sparkassen 70 Mill. S Investitions- und Betriebsmittelkredite an kleine Betriebe zu ermäßigtem Zinssatz (6%) vergeben.

Nach einem vorübergehenden leichten Rückgang setzte sich die Tendenz steigender *Aktienkurse* im Juni fort. Die Umsätze waren ebenso hoch wie im Oktober 1951, dem bisher höchsten Stand seit Wiedereröffnung der Börse. Nur die Kurse von Aktien jener verstaatlichten Unternehmungen, die nicht in Obligationen umgetauscht werden, gingen von Mitte Juni bis Mitte Juli noch zurück. Da jedoch gleichzeitig die Aktien von Elektrizitätsunternehmungen höher notierten, blieb der Kursindex für verstaatlichte Unternehmungen unverändert. Dagegen erhöhten sich die Aktienkurse privater Unternehmungen um durchschnittlich 6%. Die lebhafte Nachfrage geht teilweise von den Besitzern von Aktien verstaatlichter Unternehmungen aus, die ihre Papiere verkaufen und Aktien privater Unternehmungen erwerben. Gleichzeitig locken die relativ hohen Dividendenausschüttungen (z. B. der Brauereien) und der Mangel an festverzinslichen Wertpapieren neues anlagensuchendes Kapital auf den Aktienmarkt.

Der Absatz von *Kommunalschuldverschreibungen* war im II. Quartal mit 30 Mill. S nur halb so hoch wie im I. Quartal, überschritt aber noch um 7 Mill. S den Gesamtabsatz vom Jahre 1953. Der geringere Verkauf von Kommunalschuldverschreibungen geht hauptsächlich darauf zurück, daß die Gebietskörperschaften dank hohen laufenden Einnahmen nur wenig Kredit benötigen. Dagegen konnten, dank dem starken Anlaufen der Bausaison, 52 Mill. S Pfandbriefe emittiert werden, gegen nur 25 Mill. S im I. Quartal. In den nächsten Monaten dürfte der Pfandbriefabsatz weiter zunehmen. Die Hypothekenanstalten werden 90 Mill. S Pfandbriefe Erlöse zusammen mit 90 Mill. S niedrig verzinslichen ERP-Krediten zu einem Mischzinssatz für den Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Die Unterbringung der Pfandbriefe dürfte trotz Auflegung der Wohnbauanleihe nicht schwierig sein, da vor allem die Sparkassen über größere flüssige Mittel verfügen. Die neuen Pfandbriefe werden 6% Zinsen tragen, um $\frac{1}{2}\%$ weniger als die bisherigen Emissionen. Die Kurssteigerungen haben in jüngster Zeit die Zinsspanne zwischen der Rendite für Pfandbriefe und dem Zinssatz für Spareinlagen weiter verringert, wiewohl die Zinsen für Spareinlagen anlässlich der Senkung der Bankrate um $\frac{1}{2}\%$ ermäßigt wurden.

Preise und Löhne

Dazu Statistische Übersichten 2.1 bis 2.8

Bei Preisen und Löhnen hielten die Auftriebstendenzen auch im Juli an; besonders haben sich einige Nahrungsmittel weiter verteuert. Im Zuge der allgemeinen Lohnbewegung, die um die Jahreswende begann und nun schon fast alle Branchen erfaßt hat, wurden einige weitere Löhne erhöht. Die Preis- und Lohnbewegung dürfte jedoch in nächster Zeit abklingen. Die Preise auf den Weltmärkten haben sich wieder stabilisiert und die inländischen Versorgungslücken bei Lebensmitteln werden durch Importe ausgefüllt, die, wie die ersten Augustnotierungen auf den Märkten für Schlachtvieh, Gemüse und Obst zeigen, auf das Preisniveau drücken. An größeren Lohnforderungen ist nur noch die der Textil- und Bekleidungsarbeiter ausständig. Die Wirtschaftspolitik ist bemüht, die Auftriebskräfte, die in den letzten Monaten bereits kumulativ zu werden drohten, nach Möglichkeit einzudämmen.

Die Preise auf den *internationalen Rohwarenmärkten* haben sich im Juli, zum Teil bedingt durch die sommerliche Ruhepause, nur wenig verändert. Die Auswirkungen des Waffenstillstandes in Indochina waren gering. Die optimistische Beurteilung der Konjunkturlage in den USA und das Wiederanstiegen der Automobilproduktion hat sogar die Kautschukpreise erhöht, wiewohl Kautschuk im allgemeinen sehr empfindlich auf politische Vorgänge in Südostasien reagiert. Die meisten Metallpreise haben wohl nach Abschluß des Waffenstillstandes etwas nachgegeben, doch wurde dadurch der Preisanstieg seit Jahresbeginn bei weitem nicht aufgewogen.

Die amerikanischen Weizennotierungen haben sich im Juli wieder gefestigt. Die Beibehaltung der Stützungen, die angekündigten Anbaubeschränkungen sowie die Dürre in den ersten Juliwochen ließen die Preise steigen. Weniger fest waren die kanadischen Weizenpreise. Auf den Genußmittelmärkten gaben wohl die Kaffeenotierungen etwas nach, während die Kakaopreise weiterhin sehr fest tendierten. Der Reuter-Index ist im Laufe des Juli um $\frac{1}{2}\%$, der Moody-Index um 1% gesunken.

Auf dem *Inlandsmarkt* stiegen auch noch im Juli verschiedene Preise, vor allem von Nahrungsmitteln, erst gegen Monatsende trat auf manchen Gebieten eine Entspannung ein. So waren manche Gemüsepreise in Wien gegenüber dem Vormonat stark überhöht, wobei Anlieferungsschwierigkeiten infolge des Hochwassers mitspielten. Einige typische Saisongemüse (Paprika, Gurken) waren zwei- bis viermal so teuer wie im Vorjahre, erst gegen Ende des Monats wurden diese Sorten billiger. Ähnlich verhielten sich

auch die Preise mancher Obstsorten, wie Marillen. In den ersten Tagen des August sanken aber die Preise der meisten Gemüsesorten sprunghaft, so daß in einigen Fällen die Vorjahrespreise wieder erreicht werden konnten.

Auch bei *Schlachtvieh und Fleisch* setzte sich im Juli die steigende Preistendenz fort. Während die Preise für Kälber stabil blieben, sind Rinder, insbesondere aber Schweine noch erheblich teurer geworden, was sich zum Teil auch in den Verbraucherpreisen für die betreffenden Fleischsorten auswirkte: sie haben sich auch im Juli noch um einige Prozente verteuert. In vielen Fällen lagen die Fleischpreise um 20 bis 25% höher als vor einem Jahr, vielfach wurden die Rekordpreise des Jahres 1952 erreicht, zum Teil sogar überschritten. Auf dem Wiener Schweinemarkt stiegen infolge sehr geringer Anlieferungen im Juli die Preise bis zu 10%. Bei den Sorten höherer Qualität wurde überdies der Höchstpreis umgangen, indem seit der zweiten Juli-Hälfte an Stelle des Lebendgewichtspreises von 14 S (amtlicher Höchstpreis), ein Schlachtgewichtspreis von 18,50 S berechnet wird. Seit Anfang August entspannte sich die Marktlage wieder ein wenig, wohl unter dem Einfluß verstärkter Anlieferungen von jugoslawischen Fleischschweinen, welche zu verhältnismäßig billigen Preisen auf den Markt kommen. Auch auf dem Rindermarkt haben die Preise im Juli zunächst angezogen; gegen Monatsende trat jedoch wieder eine leichte Beruhigung ein. Auch hier wurde das Angebot durch Importe (aus Jugoslawien) gestärkt.

Die offizielle Wirtschaftspolitik ist derzeit bestrebt, durch Einfuhren von Vieh die Fleischpreise unter Kontrolle zu halten, bis der Markt wieder durch verstärkte inländische Anlieferungen entlastet wird.

Das Fleischnhauergewerbe schlägt überdies vor, die Fleischpreise stärker nach der Qualität zu differenzieren, ohne daß dadurch der Durchschnittspreis wesentlich verändert wird. Insbesondere geht aber der Vorschlag der Fleischer dahin, den Erlös aus den Schmalzverkäufen zu steigern und dadurch ohne weitere Erhöhung der Schweinefleischpreise die Gesamteinnahmen zu verbessern. Zu diesem Zweck wird vorgeschlagen, den Preis für Importschmalz, der derzeit mit 14,40 S limitiert ist, wieder auf den im 5. Preis- und Lohnabkommen festgesetzten Preis von 16 S zu erhöhen und gleichzeitig die Schmalzimporte einzuschränken. Der inländische Speckpreis soll nach diesem Vorschlag des Fleischerergewerbes aus dem seinerzeit durch Abschöpfung von Schmalzimporten gebildeten Fonds gestützt werden, um auch das inländische Schmalz, das derzeit 18 bis 20 S kostet, um 16 S abgeben zu können. Im wesentlichen läuft dieser Vorschlag auf eine Verlagerung von Subventionsmitteln von der ausländischen auf die inländische Ware hinaus, sowie darauf, die Fleischpreise

durch erhöhte Einnahmen bei Speck und Schmalz zu entlasten. Tatsächlich steht seit Monaten dem Preisanstieg von Vieh und Fleisch eine sinkende Tendenz der Speckpreise gegenüber.

Auch auf dem *Holzmarkt* ist die Lage weiterhin angespannt: die Rohholzverteuerung und die Lohn erhöhungen in der Sägeindustrie ließen auch die Schmittholzpreise steigen. Im Zusammenhang mit einer Neuformierung des Glühlampenkartells, das sich vor über einem Jahr aufgelöst hatte, stiegen die Verbraucherpreise einiger *Glühlampen* um 50 Gr. bzw. um 10 bis 12%.

Der vom Statistischen Zentralamt berechnete *Großhandelspreisindex* stieg im Juli um 5,5% auf 844 (März 1938 = 100) und erreichte damit wieder den bisherigen Höchststand von Mai 1952. Die relativ sehr starke Steigerung gegenüber dem Vormonat wurde allerdings hauptsächlich durch die Umstellung von den vorjährigen auf die heurigen Kartoffeln bedingt, die mehr als doppelt so teuer sind¹⁾. Diese — rein saisonbedingte — Steigerung wurde durch die Fleischverteuerung noch verstärkt: Schweinefleisch stieg um 11,8%, Rindfleisch um 2,7%; der Teilindex für Nahrungs- und Genußmittel erhöhte sich daher um 9,2%.

Bei den Industriestoffen wurden Preiserhöhungen von Kautschuk (6%), Wolle (2,8%) und Holz (1,5%) durch gleichzeitige Preissenkungen von Baumwolle (-1,2%) und Zinn (-1,7%) zum Teil aufgewogen, so daß jener Teilindex nur um 0,4% stieg.

Daß der saisonmäßig überhöhte Kartoffelpreis nur für die starke Steigerung gegenüber dem Vormonat, nicht aber für den hohen Stand des Großhandelspreisindex im Juli 1954 verantwortlich ist, geht daraus hervor, daß im Juli 1953 und 1952 für Kartoffeln der gleiche Preis galt, der Gesamtindex aber dennoch um 8,6% und der Teilindex der Nahrungs- und Genußmittel um 12,6% höher liegt als vor einem Jahre. Dies ist vor allem auf die hohen Fleischpreise zurückzuführen: gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitpunkt war der Großhandelspreis für Schweinefleisch um 27%, für Rindfleisch um 36% und für Kalbfleisch um 42% höher. Auch der Teilindex für Industriestoffe lag um 3% höher als vor einem Jahr, da sich vor allem Eisen und Bauholz, aber auch eine Anzahl von ausländischen Rohstoffen gegenüber dem Vorjahr verteuert haben.

¹⁾ Sowohl im Kleinhandelspreisindex des Statistischen Zentralamtes als auch im Lebenshaltungskostenindex des Institutes wurden jedoch schon im Vormonat die hohen Preise für ausländische heurige Kartoffeln mit berücksichtigt. Realistischerweise ist daher in jenen Indizes der Kartoffelpreis im Juli gesunken, da die billigere Inlandware auf den Markt kam.

Der *Kleinhandelspreisindex* des Statistischen Zentralamtes stieg im Juli um 0,3% auf 686 (März 1938 = 100), seinen bisher höchsten Stand. Er lag um 4,3% höher als ein Jahr vorher.

Der vom Institut berechnete *Lebenshaltungskostenindex* (nach einem Normalverbrauchsschema für eine Arbeiterfamilie mit 2 Kindern in Wien) blieb im Juli praktisch unverändert. Die Preise änderten sich nur bei den Lebensmitteln, doch wurden die Verteuerungen durch gleichzeitige Preissenkungen kompensiert: den Preiserhöhungen, vor allem bei Fleisch, Gemüse und Eiern, standen vornehmlich Verbilligungen bei Speckfilz und Schmalz, sowie — saisonbedingt — bei Äpfeln und Kartoffeln gegenüber.

Der Lebenshaltungskostenindex lag Mitte Juli 1954 um 5,7% höher als im gleichen Vorjahreszeitpunkt. Bei der Aufwandsgruppe „Nahrungsmittel“ betrug die Steigerung 8,8%. Von dem wöchentlichen Mehraufwand gegenüber Juli 1953, der 22,96 S betrug, entfiel der weitaus größte Teil, nämlich 17,51 S, auf Nahrungsmittel, vor allem auf Fleisch, Gemüse und Obst: Fleisch war um 16 bis 18%, Spinat um 30% und Apfel um 38% teurer als vor einem Jahr.

Die Welle von *Lohn- und Gehaltserhöhungen*, die schon um die Jahreswende begonnen hatte, setzte sich auch im Juli noch fort. Im graphischen Gewerbe wurden die Löhne der Vervielfältiger um 6,5%, der Facharbeiter um 8% und der Hilfsarbeiter und Zeitungsexpeditionsarbeiter um 4 bis 5% erhöht. Für die technischen Angestellten des graphischen Gewerbes wurde ein neues Gehaltsschema vereinbart, das entnivellierende Gehaltserhöhungen vorsieht. Die Löhne für die Glasschleifer wurden um 10% erhöht, für verschiedene Gruppen der Lebens- und Genussmittelarbeiter (Getränkherstellung) um 6 bis 12%. Die Landarbeiter der Gutsbetriebe in Wien, Niederösterreich, dem Burgenland und Salzburg erhalten Lohnerhöhungen von 7% und 6,5% (Salzburg). Die Löhne im Bewachungsgewerbe erhöhen sich um 7,5%.

Auch bei verschiedenen Angestelltengruppen fanden weitere Gehaltserhöhungen statt: die Angestellten der Textil- und Bekleidungsindustrie, welche bei der allgemeinen Erhöhung der Gehälter für die Industrieangestellten ab 1. April unberücksichtigt geblieben sind, erhielten nunmehr ab 1. Juni gleichfalls Gehaltserhöhungen. Die neuen Gehälter sind aber nicht so hoch wie die der übrigen Industrieangestellten und auch die Entnivellierung war nur gering. Während die Gehaltserhöhungen ab 1. April bei den meisten Angestellten 5,4 bis 14,2% betragen haben, werden die Gehälter der Textilindustrie nur um 2,7 bis 7,1% und der Bekleidungsindustrie nur um 1,1 bis 5,4% erhöht. Günstigere Ergebnisse

konnten nur für die Angestellten der Textilindustrie in Vorarlberg erreicht werden.

Die Gehälter der Angestellten im Versicherungsdienst erhöhten sich um 22,5%, und zwar um 15% ab 1. Jänner 1954 und um weitere 7,5% ab 1. Jänner 1955. In einer Anzahl von Großbetrieben, insbesondere der Metallbranche, wurden verschiedene Verbesserungen der Effektivlöhne vereinbart.

Seit Jahresbeginn wurden somit die Bezüge nahezu aller größeren Gruppen von Arbeitern und Angestellten erhöht. Für die öffentlichen Beamten tritt die zweite Etappe der Entnivellierung am 1. Oktober in Kraft. An größeren Forderungen ist derzeit nur noch die der Textil- und Bekleidungsarbeiter ausständig (die 12% beträgt), über die voraussichtlich im September verhandelt wird. Bei voller Durchsetzung dieser Forderung würde der Index der Arbeiter-Nettolöhne um weitere 3% steigen und um 10,4% (ohne Kinderbeihilfe) bzw. um 8,5% (mit 2 Kinderbeihilfen) höher liegen als i. J. 1953.

Der Nettolohnindex ist im Juli geringfügig gestiegen, weil das Werbungskostenpauschale der Lohnsteuer von 182 S auf 195 S im Monat heraufgesetzt wurde, so daß der Steuerabzug etwas sank.

Bei Berechnung der erhöhten Abzüge durch die Sozialversicherung, die Arbeiterkammerumlage und den Wohnbauförderungsbeitrag, die im letzten Monat¹⁾ veröffentlicht worden ist, waren einige Details der neuen Bestimmungen noch nicht bekannt. Berücksichtigt man diese, so beträgt die Senkung für ein Zwölftel des Jahresnetto bezuges bei einem ledigen Angestellten mit 2.400 S brutto, 14mal jährlich, nicht 70, sondern 50 S, bei einem verheirateten Angestellten mit 2 Kindern nicht 80, sondern 65 S, bei einem Angestellten mit brutto 6.000 S, 14mal jährlich, beträgt die Senkung nicht 60, sondern 40 S (ledig) bzw. 50 S (verheiratet mit 2 Kindern).

Land- und Forstwirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 3.1 bis 3.10

Im Juli wurden in Österreich durch starke Regenfälle rund 93.000 ha Land überschwemmt. Davon entfallen auf Ackerflächen rund 30.000 ha. Die Schäden durch *Überflutung* lassen sich in ihrer gesamten Höhe und Auswirkung auf die landwirtschaftliche Bruttoproduktion und Marktproduktion zur Zeit noch nicht genau feststellen. Vorsichtige Schätzungen rechnen mit einem Ernteverlust im Werte von 300 Mill. S. Außerdem sollen in den Fluten fast 5.000 Stück Großvieh und der größte Teil des Wildbestandes der Auwälder umgekommen sein. Wohl sind die Verluste für die von der Katastrophe unmittelbar betroffenen Landwirte sehr groß; man will diesen das für den Herbst- und Frühjahrsanbau be-

¹⁾ Siehe Monatsberichte Nr. 6, Jg. 1954, S. 178.

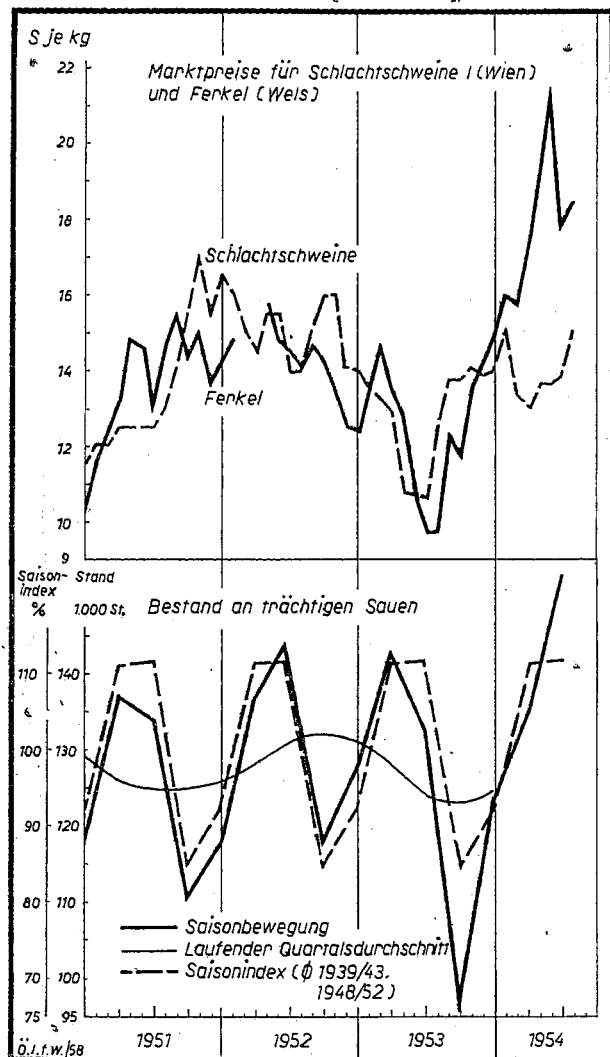
nötigte Saatgut um 50% verbilligt zur Verfügung stellen. Auf die Ernährungswirtschaft Österreichs werden sich die Schäden indes nicht allzu schwer auswirken. Da sich der Wert der gesamten Pflanzenproduktion (mit Futtererzeugung) pro Jahr auf etwa 12 Mrd. S stellt, beträgt die Wertminderung bei einem Ernteverlust von 300 Mill. S 2,5% und bei einem Ernteverlust von 500 Mill. S 4,2%. Eine Verknappung bei Nahrungsmitteln durch einen stärkeren Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion ist demnach nicht zu befürchten.

Die Getreideernte setzte heuer verspätet ein. Dank kühler Witterung konnten die Körner überall gut ausreifen. Dennoch ist nur mit einer Durchschnittsernte an Getreide zu rechnen. Der Mähdrusch¹⁾ erbrachte im Marchfeld bei Weizen und Gerste um 10% und bei Roggen um 25% niedrigere Flächenerträge als im Jahre 1953, die allerdings erheblich über dem langjährigen Durchschnitt lagen. Da die Zahl und Leistungsfähigkeit der Getreidetrocknungsanlagen nicht ausreichte, bereitete die Übernahme und Lagerung des relativ feuchten Kornes nach dem Mähdrusch erhebliche Schwierigkeiten. Die Qualität der Gerste hat überdies durch feuchte Witterung gelitten, so daß der Anteil an Brauware um ein Drittel geringer ist als sonst. Doch ist auch die Nachfrage nach Braugerste zur Zeit gering, da die Vorräte der Industrie bis Jänner 1955 reichen; für mittlere Braugerste werden 220 S je 100 kg geboten gegen 230 S im Vorjahre.

Im Juni brachte die Landwirtschaft mit 12.493 t (8.028 t Weizen und 4.465 t Roggen) um 31% mehr Brotgetreide als im Vorjahre auf den Markt; die Marktleistung aus der Ernte 1953 (448.015 t) übertraf die des Vorjahres um 96.015 t oder 27%; Weizen wurde um 45.589 t oder 23% und Roggen um 50.426 t oder 34% mehr angeboten. Die Lagerbestände an Brotgetreide Ende Juni (124.000 t, davon 99.000 t Weizen und 25.000 t Roggen) reichen für zwei Monate, so daß das Getreide aus der neuen Ernte genügend ablagern kann, ehe es vermahlen wird. Die Silolager waren bis auf 7.050 t Weizen geräumt und zur Aufnahme der neuen Ernte verfügbar. Dank der hohen Marktleistung erreichte der Grad der Selbstversorgung der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung im Wirtschaftsjahr 1953/54 bei Roggen 90% und bei Weizen 50%. Die Einfuhren konnten, zum Teil durch Abbau von Vorräten, auf 163.200 t Brotgetreide (12.200 t Roggen und 151.000 t Weizen) eingeschränkt

¹⁾ Heuer standen im Bundesgebiet für die Getreideernte bereits 2.000 Mähdrescher zur Verfügung (gegenüber 1.200 im Vorjahr), die täglich etwa 15.000 t Korn anlieferen. Im Marchfeld, wo die Flächen kommissiert sind, wurde der überwiegende Teil der Getreideernte durch Mähdrusch bewältigt.

Preise für Ferkel und Schlachtschweine, Bestand an trächtigen Sauen
(Normaler Maßstab; Preise in S je 100 kg; Bestand in 1.000 Stück und in Prozent [Saisonindex])



Im Jahre 1953 schränkte man die Sauenzulassungen infolge der niedrigen Preise für Schlachtschweine stark ein. Das Angebot an Ferkeln im 1. Halbjahr 1954 war daher sehr knapp. Der Preisauftrieb bei Ferkeln war um so lebhafter, als gleichzeitig die Nachfrage nach Ferkeln infolge großer Kartoffelworräte aus der Ernte 1953 und niedriger Preise für Speisekartoffeln erheblich stieg. Das niedrige Ferkelangebot und die hohen Ferkelpreise gaben den unmittelbaren Anstoß zu einer starken Vermehrung des Bestandes an trächtigen Sauen. In Kürze wird daher die Ferkelproduktion und der Trend der Schweinehaltung wieder zunehmen. Es ist bemerkenswert, daß diese Wendung im Schweinezyklus durch die besonderen Verhältnisse auf den Ferkel- und Kartoffelmärkten und nicht etwa durch eine günstige Konjunktur der Schweinemast ausgelöst wurde — die Schweinepreise waren bis Juni ziemlich stabil und die Rentabilität der Mast veränderte sich nur geringfügig.

werden (im Durchschnitt der Jahre 1933/37 wurden 348.000 t Brotgetreide importiert). Im Wirtschaftsjahr 1954/55 wird Österreich voraussichtlich verpflichtet sein, seine IWA-Quote an Weizen (250.000 t) voll in Anspruch zu nehmen, da die Exportstaaten den

Weizenpreis wahrscheinlich schon in Kürze auf 155 Cent pro bushel, das ist auf den im Internationalen Weizenabkommen fixierten Mindestpreis, senken werden, um ihre hohen Vorräte abzubauen. Schwierigkeiten aus dieser Verpflichtung sind kaum zu befürchten, da die eigenen Ernteerträge heuer niedriger sind.

Am 3. Juni betrug der *Schweinebestand* 2'28 Mill. Stück, das sind um 100.189 Stück oder 5% mehr als am 3. März, jedoch um 226.133 Stück oder 9% weniger als vor einem Jahr. Niedriger als im Juni 1953 war vor allem die Zahl der Schlacht- und Mastschweine (-13%), Ferkel (-11%) und Jungschweine (-9%). Dagegen wurden erheblich mehr trächtige Sauen (+16%) gehalten, und zwar 11.332 oder 23% mehr Jungsauen und 9.679 oder 12% mehr über ein Jahr alte Tiere. Auch saisonmäßig stieg die Zahl trächtiger Sauen um 13% (im Vorjahr nahm sie um 7% ab); bei unveränderter Schweinehaltung hätte sie sich auf dem Stand von März halten müssen.

Die steigende Nachwuchsproduktion war auf Grund der außerordentlich hohen *Ferkelpreise* im I. Halbjahr 1954 zu erwarten. Ferkel kosteten z. B. im April, Mai, Juni und Juli um 50%, 99%, 82% und 90% mehr als in den gleichen Monaten 1953. Wohl lagen heuer auch die Preise für geschlachtete Schweine um 23%, 30%, 35% und 19% höher, doch war die Schweinemast im II. Quartal keineswegs rentabler als im I. Quartal 1954 oder im IV. Quartal 1953. Den unmittelbaren Anstoß zu vermehrten Sauenzulassungen gab somit nicht eine erhöhte Rentabilität der Schweinemast, sondern das sehr knappe Angebot an Ferkeln als Folge der niedrigen Schweinepreise und der verringerten Nachzucht vom Sommer und Herbst 1953. Dieses Angebot war schon für einen normalen Einstellbedarf zu niedrig. Da aber die Landwirtschaft im Frühsommer 1954 über größere Kartoffelvorräte aus der Ernte 1953 verfügte, die für Speisezwecke auch zu niedrigen Preisen nicht abgesetzt werden konnten, stieg die Nachfrage nach Ferkeln erheblich und trieb die Preise in die Höhe.

Rentabilität der Schweinemast

Zeit	Ferkel (Wels, O. O.)	Schlacht- schweine ¹⁾	Effektive Großhandelspreise für			Ertrags- index ²⁾
			Schweine- fleisch ³⁾	Inlands- mais	Auslands- mais	
S je 100 kg						
1953	X... 1.350'—	1.400'—	1.850'—	200'—	188'94	9'4
	XI... 1.425'—	1.385'—	1.850'—	200'—	188'94	9'4
	XII... 1.483'—	1.400'—	1.850'—	180'—	188'94	10'1
1954	I... 1.590'—	1.500'—	1.900'—	177'50	188'94	10'4
	II... 1.575'—	1.335'—	1.750'—	182'50	188'94	9'5
	III... 1.738'—	1.305'—	1.690'—	184'—	188'94	9'1
	IV... 1.920'—	1.360'—	1.725'—	185'—	188'94	9'2
	V... 2.113'—	1.360'—	1.750'—	185'—	188'94	9'4
	VI... 1.775'—	1.380'—	1.750'—	195'—	188'94	9'1
	VII... 1.850'—	1.500'—	1.900'—	195'—	188'94	9'8

¹⁾ Wien-St. Marx, I. Qualität. — ²⁾ Wien-Großmarkthalle, I. Qualität. — ³⁾ Großhandelspreis von Schweinefleisch als Vielfaches des Großhandelspreises von Mais (60% Inlandsmais, 40% Auslandsmais).

Das Angebot an *Schlachtschweinen* aus dem Inland (lebende Tiere und Weidnerware) ging, wie erwartet, im Juni und Juli stärker zurück. Es lag in Wien in der 22. bis 26. Woche um 10.331 Stück oder 15% und in der 27. bis 30. Woche um 13.095 Stück oder 27% niedriger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. (Von der 1. bis 30. Woche [28. XII. 1953 bis 25. VII. 1954] war das Inlandsangebot an Schweinen in Wien um 29.453 Stück oder 8% niedriger.) Die Wirtschaftspolitik versuchte zwar das Inlandsangebot durch Importe zu ergänzen. Da bis Ende Juli nur rund 6.400 Stück statt der vorgesehenen 10.000 Stück Schweine einlangten, stiegen die Preise für bessere Qualitäten über die angeordneten Höchstpreise nach dem Lebendgewicht. Im August sollen 10.000 bis 12.000 Schweine importiert werden. Wahrscheinlich werden zusätzliche Schweineinfuhren auch noch im September und Oktober notwendig sein, wenn Preiserhöhungen bei den besseren Qualitäten von Schweinefleisch vermieden werden sollen. Später werden die Auftriebe aus dem Inland wieder saisonbedingt steigen. Ab Mai oder Juni 1955 dürfte dann das Angebot an Schlachtschweinen auf Grund der letzten hohen Sauenzulassungen stark zunehmen.

Auch das Inlandsangebot an *Schlachtrindern und Kälbern* in Wien war trotz Exportsperr im Juli um 482 Rinder (8%) und 3.092 Kälber (21%) niedriger als im Juli 1953. Da jedoch 597 Rinder eingeführt wurden, war der Markt im ganzen besser beschickt als vor einem Jahr und die Preise gaben etwas nach. Dagegen ist das Angebot bei Schlachtkälbern schon seit längerer Zeit sehr knapp. Die guten Futterernten 1953 und 1954 dürften die Landwirte veranlaßt haben, mehr Kälber als in den letzten Jahren aufzuziehen, um den Rinderbestand weiter aufzustocken. Im August will man 2.000 Schlachtkälber importieren.

Die *Exportsperr von Schlachtvieh und Fleisch* wirkte sich im Juni noch nicht voll aus. Zwar wurden nur 1.272 t lebende Tiere (mit Nutztvieh) im Werte von 12'9 Mill. S ausgeführt gegen 3.191 t (32 Mill. S) im Mai. Gleichzeitig stieg jedoch der Export von Fleisch und Fleischwaren von 283 t (5'3 Mill. S) auf 802 t (10'2 Mill. S).

Energiewirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 4.1 bis 4.5

Die Nachfrage nach Energie hat seit dem letzten Quartal 1953 nicht mehr zugenommen, wiewohl die Industrieproduktion weiter gestiegen ist. Der Verbrauch von elektrischem Strom blieb unverändert, die Kohlenbezüge nahmen seit Jahresbeginn saisonmäßig ab und waren im II. Quartal 1954 beträchtlich niedriger als im III. und IV. Quartal des Vorjahres.

Auch der Heizölverbrauch ist seit den Wintermonaten stark zurückgegangen. Nur die Nachfrage nach Treibstoffen ist in den letzten Monaten stark gestiegen, war aber im 1. Halbjahr 1954 noch immer um 12,9% (Benzin) und 14,1% (Dieselöl) niedriger als im 2. Halbjahr 1953.

Gegenüber dem 1. Halbjahr 1953 hat jedoch der Energiebedarf allgemein zugenommen. Strom wurde um 15,4% mehr verbraucht, Benzin und Dieselöl um 18,3% bzw. 9,7% und Heizöl sogar fast doppelt soviel. Kohle wurde um 9,1% mehr bezogen als vor einem Jahr.

Die starken Regenfälle ermöglichten im Juni eine neue Rekorderzeugung der Wasserkraftwerke. Mit 723 Mill. kWh wurde die bisher höchste Monatsproduktion erreicht. Im Juni 1953 betrug sie nur 598 Mill. kWh, um 18,7% weniger. Die Erzeugung in den Dampfkraftwerken, die noch bis zum April forciert werden mußte, um den stark erhöhten Bedarf und den Ausfall an Wasserkraftstrom zu decken, sank im Mai und Juni auf 45 Mill. kWh und 32 Mill. kWh oder 6,7% und 4,2% der gesamten Stromerzeugung. Im Jänner und Februar mußte noch mehr als die Hälfte der Gesamterzeugung von den Dampfkraftwerken geliefert werden.

Die gesamte Stromerzeugung der öffentlichen Kraftwerke war im 1. Halbjahr 1954 mit 3.580 Mill. kWh um 11,2% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Der größte Teil der Mehrerzeugung von 361 Mill. kWh, nämlich 303 Mill. kWh, wurde von Dampfkraftwerken und nur 58 Mill. kWh von Wasserkraftwerken geliefert. Der nicht sehr bedeutende Stromimport nahm um 61,9% auf 157 Mill. kWh zu, während der Export praktisch unverändert blieb.

Stromerzeugung im 1. Halbjahr 1953 und 1954¹⁾

	1953	1. Halbjahr 1954	Veränderung in %
	Mill. kWh		
Wasserkraftwerke	2.549	2.607	+ 2,3
Dampfkraftwerke	670	973	+45,2
Insgesamt	3.219	3.580	+11,2
Import	97	157	+61,9
Export	583	582	- 0,2
Inlandsverbrauch	2.733	3.155	+15,4

¹⁾ Statistik des Bundeslastverteilers im Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe.

Der inländische Stromverbrauch aus dem öffentlichen Netz nahm in der gleichen Zeit um 15,4% (ohne Ranshofen um 15,1%) oder 422 Mill. kWh (359 Mill. kWh) zu. Den größten Anteil an der Verbrauchssteigerung hatte wieder die Industrie, die um 19,9% (ohne Ranshofen um 15,2%) mehr bezog und damit zwei Drittel des Mehrverbrauches beanspruchte. Die Tarifabnehmer (Haushalte, Gewerbe und Landwirtschaft) steigerten ihren Verbrauch nur um 8,3%,

Verkehr und öffentliche Anlagen um 7,3% und 3,0%. Der Eigenverbrauch der Kraftwerke (Eigenverbrauch, Baustellen und Pumpspeicherstrom) stieg um 11,3%. Die gesamten Stromverluste im öffentlichen Netz nahmen mit 17,8% überdurchschnittlich zu. Nur der ziemlich unbedeutende Bedarf der Besatzungsmächte ging um 11,3% zurück.

Wie in den letzten zwei Jahren ist auch im 1. Halbjahr 1954 der Anteil der Industrie am Stromverbrauch gestiegen. Die Stromlieferungsunternehmen wären aber wegen der niedrigen Tarife für Industriestrom an einem höheren Anteil der Kleinabnehmer interessiert. Die Elektrogeräteaktionen sollten die bisherige Entwicklung stoppen. Es ist aber fraglich, ob dies erreicht werden kann, da bei günstiger Konjunktur die Industrie ihren Stromverbrauch erfahrungsgemäß stärker intensiviert als die Haushalte. Erst bei einem Konjunkturrückschlag würde sich wegen des relativ unelastischen Strombedarfes im privaten Sektor der Anteil des Haushaltstromes am Gesamtabsatz vergrößern. Die kräftige Propagierung der Elektrifizierung der Haushalte und die angelaufene Konsumfinanzierung dürften aber zumindest den relativen Rückgang des Haushaltstromes am Gesamtverbrauch abschwächen und in erträglichen Grenzen halten. Vorläufig haben die Geräteaktionen nur in Wien und Niederösterreich begonnen. Die bisherigen Umsätze und Bestellungen spielen für den Absatz von Haushaltstrom noch keine nennenswerte Rolle.

Der inländische Kohlenbergbau hat im 1. Halbjahr 1954 mit 2.980.712 t Braun- und 87.492 t Steinkohle, die in der Planung des Kohlenbergbaues vorgesehene Maximalförderung (6 Mill. t pro Jahr) erzielt. Damit dürfte annähernd die Grenze der zweckmäßigen Nutzung der vorhandenen Kohlenvorräte erreicht worden sein. Die Braunkohlenförderung war um 12,6% und die Steinkohlenförderung um 14,9% größer als im 1. Halbjahr 1953.

Um die Jahresmitte hat der Kohlenbergbau ein neues Investitionsprogramm bekanntgegeben, das bis zum Jahre 1956 einen Aufwand von fast 400 Mill. S vorsieht. Etwa zwei Drittel der erforderlichen Mittel sollen die Betriebe selbst aufbringen, ein Viertel hofft man aus dem Counterpart-Konto zu erhalten. Der Rest soll durch andere Kredite beschafft werden. Mehr als die Hälfte der Investitionen soll noch heuer durchgeführt werden, der Rest zu zwei Drittel im nächsten und zu einem Drittel im übernächsten Jahr.

Die geplanten Investitionen zielen durchwegs nicht darauf ab, die Produktion zu steigern, sondern sollen die geförderte Kohle veredeln und den Absatz der jetzt erreichten Förderung auch in Zukunft

sichern. Zu den größten Vorhaben gehören eine Kohlentrocknungsanlage und eine Kohlenwäsche in der Steiermark und eine Brikettieranlage in Oberösterreich. Ferner sollen verschiedene in den letzten Jahren begonnene Investitionen fertiggestellt werden.

Aus Inlandslieferungen des heimischen Bergbaues und aus Importen standen der österreichischen Wirtschaft im 1. Halbjahr 1954 3,5 Mill. t Kohle (SKB) zur Verfügung, das sind um 9,1% mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Trotz weitgehender Liberalisierung der Kohleneinfuhr (nur Braunkohle ist nicht liberalisiert) haben die Bezüge aus dem Auslande in der gleichen Zeit nur um 5,9% zugenommen, während der inländische Bergbau um 13,9% mehr lieferte. Der Anteil der Inlandskohle am Gesamtbedarf der österreichischen Wirtschaft stieg dadurch von 39,8% im 1. Halbjahr 1953 auf 41,6% im 1. Halbjahr 1954.

Von den einzelnen Hauptverbrauchern bezogen vor allem die Dampfkraftwerke (wegen der starken Beanspruchung im Frühjahr) und die Industrie (Mehrbedarf infolge Produktionssteigerung) mehr Kohle als im Vorjahre. Die Hausbrandbezieher schränkten nach der witterungsbedingten Rekordnachfrage im I. Quartal ihre Bezüge im II. Quartal unter die des Vorjahres ein. Auch die Gaswerke bezogen weniger Kohle als im 1. Halbjahr 1953.

Die Nachfrage nach *Treibstoffen* (besonders nach Benzin) entwickelte sich nach dem üblichen Tiefpunkt im I. Quartal übersaisonnmäßig günstig. Im I. Quartal 1954 war der Benzinabsatz im Inlande nur um 4,7%, im II. Quartal aber schon um 27,2% größer als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Außer der starken Zunahme des Kraftfahrzeugbestandes nach der Liberalisierung dürfte auch die durch Benzinimporte erzwungene Senkung des Benzinpreises die Nachfrage etwas angeregt haben. Es ist allerdings beabsichtigt, die Importzölle für fast alle Erdölprodukte beträchtlich zu steigern. Dadurch würde der Importdruck auf die Inlandspreise aufgehoben und ein Spielraum für Preiserhöhungen geschaffen werden.

Die Nachfrage nach *Heizöl*, die in den Wintermonaten — hauptsächlich infolge des gesteigerten Bedarfes der Dampfkraftwerke — die Liefermöglichkeiten überschritt, ist wieder auf ein normales Ausmaß zurückgegangen. Der im Vergleich zur Kohle ungewöhnlich niedrige Preis des Heizöles veranlaßt noch immer viele Verbraucher, sich auf Ölfeuerung umzustellen. Falls die Nachfrage über das Inlandsangebot steigt, müßten sich zwangsläufig Versorgungsschwierigkeiten ergeben, da Importe wegen der viel höheren Preise im Ausland nicht in Frage kommen.

Industrieproduktion

Dazu Statistische Übersichten 5.1 bis 5.27

Die Konjunkturbelebung in der Industrie greift allmählich auch auf bisher stagnierende Zweige über. Während sie ursprünglich hauptsächlich dem Export und später der reichlichen Dotierung der Bauwirtschaft mit öffentlichen Mitteln zu danken war, beginnt nunmehr die heimische Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern auf breiterer Front zuzunehmen. Die Mehrproduktion, die im Vorjahre fast ausschließlich exportiert wurde, konnte daher in den letzten Monaten großteils im Inland abgesetzt werden. Die hohe Exportquote (29,3% im Durchschnitt der Monate Jänner bis Mai) ist in jüngster Zeit nicht mehr gestiegen.

Die Verbreiterung der Konjunktur im II. Quartal 1954 geht deutlich aus den Produktionsindizes der einzelnen Industriezweige hervor. Im Durchschnitt des I. Quartals produzierten noch sieben von den im Index erfaßten fünfzehn Industriezweigen um 2 bis 7% weniger als im Vorjahre, im April und Mai aber nur noch die Tabakindustrie, die seit der Preiserhöhung zu Jahresbeginn stagniert. Die Gesamtproduktion der Industrie überschritt im I. Quartal um 8,5% den Vorjahresstand, im Durchschnitt der Monate April und Mai aber bereits um 17,1%.

Veränderung der Industrieproduktion in den Monaten Jänner bis Mai 1954 gegenüber dem Vorjahre

	Veränderung im Jahre 1954 gegen 1953				
	Jänner	Februar	März in %	April	Mai
Produktion insges..	+ 1,2	+ 9,1	+14,7	+15,3	+18,9
Beschäftigung	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,1
Produktivität	- 0,5	+ 7,1	+12,7	+13,0	+16,5
Bergbau	+ 0,8	+13,6	+18,7	+13,9	+11,6
Magnesiumindustrie	- 5,4	- 0,1	- 2,6	+ 5,3	+ 2,8
Eisenhütten	+13,1	+ 9,3	+31,8	+32,0	+37,7
Metallhütten	+58,9	+53,6	+42,6	+12,9	+ 2,0
Gießereindustrie	- 4,3	+ 9,4	+18,1	+11,9	+20,5
Fahrzeugindustrie	-12,5	+ 1,6	- 3,4	+15,2	+34,3
Maschinenindustrie	-19,1	- 6,2	- 0,5	+10,7	+20,3
Elektroindustrie ..	- 5,6	+17,2	+31,4	+31,5	+19,4
Baustoffindustrie ..	- 7,3	-20,5	+ 4,9	+20,8	+22,8
Chem. Industrie ..	+19,1	+29,5	+30,5	+20,6	+25,0
Papierindustrie ...	+29,0	+28,2	+29,3	+36,0	+34,3
Leder- und Schuhindustrie	- 9,5	- 2,6	+ 6,3	+ 0,3	+12,3
Textilindustrie	+ 6,3	+ 8,7	+10,2	+ 7,6	+20,3
Nahrungs- u. Genussmittelindustrie	-10,2	+ 2,0	+ 4,0	+ 3,8	+ 3,4
Tabakindustrie	-16,9	- 2,1	- 0,4	-10,9	-10,6

Die größere Streuung des Konjunkturaufschwunges erlaubt die vielfach noch beträchtlichen Kapazitätsreserven der bisher unterbeschäftigten Industriezweige auszunützen und sichert damit ein weiteres Anhalten der Mengenkonzunktur. (Die bisher begünstigten Zweige sind vielfach bereits bis zur Kapazitätsgrenze ausgelastet.) Wenngleich die für den heimi-

schen Bedarf arbeitenden Industrien keine so stürmische Nachfragehausse erhoffen dürfen wie die Exportindustrien im Vorjahr, so ist doch mit einer lebhafteren Nachfrage vor allem nach Investitionsgütern zu rechnen. Viele Unternehmer dürften ab Jahresmitte größere Aufträge vergeben, um rechtzeitig Investitionsgüter zu beziehen, die sie noch i. J. 1954 steuerbegünstigt abschreiben können. Auch die Betriebsgewinne scheinen wieder zuzunehmen, meist allerdings weniger stark als die Produktion, da die Lohnerhöhungen und die neuen Soziallasten die Kosten steigern und viele Absatzmärkte nach wie vor unter einem stärkeren Preisdruck stehen. Gleichzeitig fördern die höheren Löhne und die steigende Beschäftigung die Konsumentennachfrage vor allem nach dauerhaften Konsumgütern. Die traditionellen Konsumgüterindustrien, wie die Textil- und die Schuhindustrie, dürften sich dagegen nur innerhalb enger Grenzen beleben.

Im Mai stieg die Produktion unvermindert weiter an. Der saisonbereinigte Produktionsindex erreichte mit 192,9 (1937=100) einen neuen Rekordstand. Im Durchschnitt der ersten fünf Monate 1954 war das Produktionsvolumen um 12,1% die Beschäftigung aber nur um 1,9% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Arbeitsproduktivität (Produktion pro Beschäftigten) ist also um 10,0% gestiegen. Im Mai waren Produktion und Produktivität schon um 18,9% und 16,5%, die Beschäftigung dagegen nur um 2,1% höher als im Mai 1953. In drei Industriezweigen (eisenschaffende, Fahrzeug- und Papierindustrie) war die Produktion im Mai um über 30% höher als im Vorjahre; in der Gießerei-, Maschinen-, Baustoff-, chemischen und Textilindustrie um über 20% und nur in der Magnesit-, Metallhütten- (die ihre Erzeugung aus Kapazitätsgründen kaum mehr steigern können) und Nahrungsmittelindustrie um weniger als 10%.

Im Bergbau hält dank der günstigen Entwicklung des Kohlenbergbaues die Konjunktur an. Im Durchschnitt des 1. Halbjahres war die Produktion um 10,5% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Im Juni war der Produktionsrückgang mit 0,4% erheblich schwächer, als auf Grund der beginnenden Urlaubssaison zu erwarten war. Außer dem Kohlenbergbau, der im 1. Halbjahr um 11,8% mehr produzierte als im Vorjahr, haben noch folgende Zweige die Förderung gesteigert: Blei-Zinkerze 10,5%, Kupfererze 5,2%, Graphit 4,0%, Kaolin 25,7%, Talkum 27,0%, Ton und Bentonit 22,1% und Quarzit 97,4%. Die Eisenerzförderung war vor allem im I. Quartal durch das Wetter beeinträchtigt und deshalb im 1. Halbjahr um 3,3% geringer als im Vorjahre.

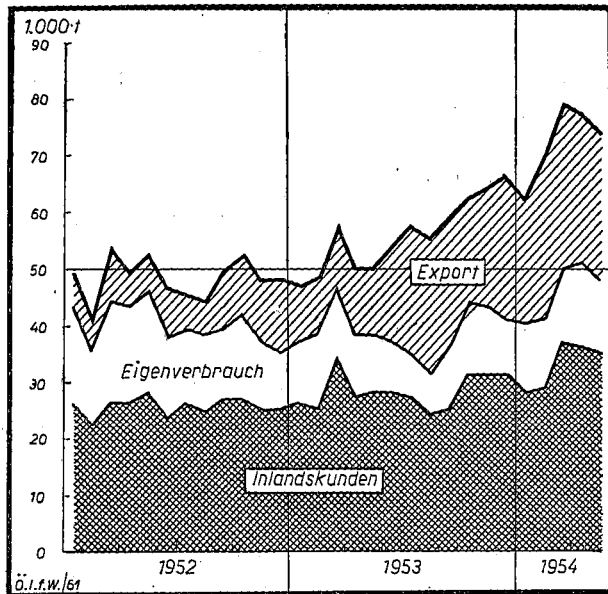
Die *Magnesitindustrie*, die schon im Vorjahre mit voller Kapazität gearbeitet hatte und heuer zu Jahresanfang wegen der schwierigen Lage auf dem internationalen Eisen- und Stahlmarkt einen stärkeren Absatzrückgang befürchtete, konnte im 1. Halbjahr die Vorjahresleistung noch geringfügig überbieten. Die neue Hausse für Stahl läßt auch in Zukunft hohe Aufträge erwarten. Von Jänner bis Juni konnte die Förderung von Rohmagnesit und die Erzeugung von Sinter- und kaustisch gebranntem Magnesit um 5,6%, 6,2% und 34,3% gesteigert werden, während die Erzeugung von Magnesitsteinen um 10,9% zurückging.

In der *eisenschaffenden* Industrie hält die durch hohe Exporte gestützte günstige Konjunkturlage bei Kommerzisen an. Die Inlandsnachfrage stieg dagegen bisher verhältnismäßig wenig. Während die gesamten Lieferungen von Kommerzware im Durchschnitt der ersten fünf Monate 1954 um 44,4% höher waren als im Vorjahre und die Exporte in der gleichen Zeit um 140,4% zunahm, bezogen die Inlandskunden nur um 17,7% mehr Walzware. Der Eigenbedarf der Erzeugerwerke (Fertigungs-, Instandhaltungs- und Reparaturbedarf) stieg ebenfalls nur um 18,7%. Die Auftragseingänge aus dem Inlande haben noch weniger zugenommen, so daß die sinkende Tendenz der Auftragsbestände weiter anhielt. Die Exportaufträge beziehen sich in erster Linie auf Bleche und Walzdraht.

Da sich die Lieferfristen auf dem internationalen Eisen- und Stahlmarkt seit der plötzlichen Hausse rasch verlängerten, dürften die österreichischen Erzeuger auch in den nächsten Monaten mit gutem Absatz rechnen können. Vor allem wird sich auch die Ertragslage im Export, die bis zum Frühjahr durch ständig sinkende Weltmarktpreise stark beeinträchtigt war, wieder rasch bessern. Die Exportpreise der Montanunion, die noch vor wenigen Monaten beträchtlich unter das offizielle Mindestpreisniveau gesunken waren und weiter abzubröckeln drohten, steigen wieder und liegen bereits über den erst kürzlich erhöhten Mindestpreisen. Die Roheisenausfuhr, die noch bis zum Vorjahre eine Hauptstütze des Exportes der Schwerindustrie war, hat stark an Bedeutung verloren. In den ersten fünf Monaten 1954 wurde nur halb soviel Roheisen ausgeführt wie im Vorjahre.

In den *Metallhütten* hat die Aluminiumerzeugung im Mai mit 6.274 t neuerlich einen Rekordstand erreicht. Auch die Bleierzeugung nahm weiter zu, während die Kupferproduktion stabil blieb. Die Halbzeugwerke sind sowohl mit Inlands- als auch Exportaufträgen gut versorgt und haben den Rückschlag des Vorjahres überwunden. Der Index der

Lieferungen der Kommerzeisenwerke (Normaler Maßstab; in 1.000 t)



Während die Lieferungen der Kommerzeisenwerke im Durchschnitt Jänner bis Mai 1954 um 44,4% größer waren als in der gleichen Zeit des Vorjahres, haben die Inlandskunden nur um 17,7% mehr Walzware bezogen. Die Exporte nahmen dagegen um 140,4% zu. Der Eigenverbrauch der Erzeugerwerke (für Fertigung und Instandhaltung) stieg um 18,7%.

Metallhüttenindustrie stieg im Mai um 9,6% auf den neuen Höchststand von 738,8% (1937=100) und war im Durchschnitt Jänner bis Mai um 23,2% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Gießereiindustrie hat den fast eineinhalb Jahre dauernden Rückschlag endgültig überwunden und ihre Erzeugung in den letzten Monaten ständig gesteigert. Die verhältnismäßig günstige Auftragslage der Gießereiindustrie — sie konnte von Jänner bis Mai um 11,4% mehr produzieren als im Vorjahre — ist in erster Linie einer wachsenden Nachfrage der Maschinenindustrie zu danken.

In der Fahrzeugindustrie hält die Hochkonjunktur, die die Produktion in den letzten Monaten auf einen bisher nie erreichten Höhepunkt geführt hat, unvermindert an. Im Mai ist die Erzeugung neuerlich (arbeitstäig) um 10,9% gestiegen und war im Durchschnitt der ersten fünf Monate 1954 um 7,1% höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres, im April und Mai aber schon um 15,2% und 34,3%. Den stärksten Anteil an der unerwarteten Konjunktur hat das Assembling der Personenkraftwagen, das trotz der Liberalisierung den Umsatz verdoppelte. Außerdem ist die Erzeugung von Lastkraftwagen um mehr als ein Drittel und von Motorrädern und Fahrrädern um fast ein Viertel gestiegen. Auch die Traktorenerzeugung, die im Vorjahre gegenüber dem Höchststand

vom I. Quartal 1953 auf weniger als die Hälfte gesunken war, erholt sich allmählich wieder.

In der Maschinenindustrie hält der Aufschwung seit dem Frühjahr an. Während die Erzeugung im Durchschnitt des I. Quartals noch um 8,4% geringer war als im Vorjahre, war sie im April und Mai bereits um 10,7% und 20,3% höher. Im April und Mai haben schon fast alle Branchen der Maschinenindustrie erheblich mehr produziert als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Im einzelnen betragen die Produktionssteigerungen im Durchschnitt der beiden Monate bei Bergbau- und Hüttenmaschinen 44,6%, Blechbearbeitungsmaschinen 90,0%, Holzbearbeitungsmaschinen 53,2%, Maschinen für die Nahrungsmittelindustrie 35,6%, Textilmaschinen 78,0%, Hebezeuge und Fördermittel 15,6%, Pumpen 81,2% und bei Armaturen 18,2%.

Auch die Eisen- und Metallwarenindustrie ist heuer weit besser beschäftigt als im Vorjahre. Im April und Mai war die Produktion bereits höher als zur gleichen Vorjahreszeit: bei Öfen und Herden um 35,7%, Nägeln und Schrauben um 20,3%, Eisenrohren um 187,7%, Handwerkzeugen um 17,0%, Schlössern und Beschlägen um 56,6%, Blechkonstruktionen um 72,3%, Draht und Drahtseilen um 81,1%, Drahtwaren um 108,5% und Kaltbandeisen um 72,3%. Besonders die mit der Bauwirtschaft verbundenen Zweige sind weitgehend ausgelastet.

In der Elektroindustrie hat sich die Produktion im Mai aus Saisongründen etwas abgeschwächt, war aber noch immer um fast 20% höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Im Durchschnitt Jänner bis Mai war der Index der Elektroindustrie um 19,2% höher. Fast alle Zweige sind weit besser beschäftigt als im Vorjahre, teils weil ihnen die öffentlichen Investitionen größere Aufträge brachten (Kraftwerksbau, Investitionen im Telefon- und Kabelnetz), teils weil die private Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern beträchtlich zugenommen hat. Wiewohl die verschiedenen Geräteaktionen bisher nur einen mäßigen Erfolg hatten, übte doch die mehrmonatige öffentliche Diskussion über diese Aktionen eine starke Werbewirkung aus.

Die Baustoffindustrie läuft in dieser Saison auf vollen Touren. Im Durchschnitt der Monate Jänner bis Mai war die Produktion um 10,1%, im April und Mai aber schon um 20,8% und 22,8% höher als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Die Nachfrage nach Baustoffen blieb auch in den Sommermonaten ungewöhnlich rege. Während die Produzenten in normalen Jahren um diese Zeit Lager bilden, um den üblichen Nachfragestoß im Frühherbst aufzufangen, wird heuer die laufende Produktion zu-

meist restlos verkauft. Trotzdem gab es bisher, abgesehen von kleinen regionalen Störungen, keine ernsteren Versorgungsschwierigkeiten. Die im Vorjahre wegen Absatzmangels zumeist erheblich ermäßigten Preise haben bisher nur vereinzelt in westlichen Bundesländern wieder angezogen.

Die Produktion der *chemischen* Industrie hält weiterhin das im Frühjahr erreichte Rekordniveau. Von Jänner bis Mai lag ihr Index um 25·2% über dem des Vorjahres. Die stärksten Produktionssteigerungen erzielten in dieser Zeit Stickstoffdünger (22·7%), Zündhölzer (338·0%), Seife und Waschmittel (19·3%) und Kautschukwaren (22·2%).

In der *Leder-* und *Schuhindustrie* war die Konjunkturbelebung am schwächsten. Die Produktion entwickelte sich zwar saisongemäß, war aber im Durchschnitt der ersten fünf Monate nur um 1·7% größer als im Vorjahre. Die Erzeugung von Sohlenleder ging weiter zurück. Die Konkurrenz von Kautschuk- und Kunststoffen ließ die Erzeugung von Kilo-ware im Durchschnitt des 1. Halbjahres 1954 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 7·0% zurückgehen; dagegen nahm die Erzeugung von Maßware um 4·1% zu. In der Schuhindustrie hielt sich die Nachfrage annähernd auf dem Niveau des Vorjahres. Von Jänner bis Mai wurden nur um 2·0% mehr Lederschuhe erzeugt als in der gleichen Zeit des Jahres 1953.

Der heimische Absatz der *Textilindustrie*, der im 1. Quartal dieses Jahres kaum den Umfang des Vorjahres erreichte, hat sich erst gegen Jahresmitte erholt. In den ersten fünf Monaten war die Produktion der Textilindustrie um 10·3% größer als im Vorjahre, im Mai aber schon um 20·3%. Da die Exporte in der gleichen Zeit mengenmäßig um kaum 5% zugenommen haben (die Exportkonjunktur der Textilindustrie hatte schon zu Beginn des Vorjahres eingesetzt und sich seither nicht mehr verstärkt) und die Exportquote der Textilindustrie nur etwa 20% beträgt, muß der überwiegende Teil der Produktionssteigerung auf die lebhaftere Nachfrage des Inlandes zurückzuführen sein.

Die Konkurrenz ausländischer Textilien auf dem österreichischen Markt hat bis Jahresmitte nicht sehr zugenommen. Die Textilimporte stiegen zwar von Jänner bis Mai mengenmäßig um 23·3%, ihr Anteil an der Versorgung des inländischen Marktes beträgt aber kaum ein Zehntel. Außerdem entfällt der größere Teil der Importzunahme auf Garne, die von der heimischen Industrie zur Weiterverarbeitung importiert wurden. Ab Juni wurde zwar die Einfuhr vieler Textilsorten liberalisiert, doch dürften die gel-

tenden Zölle ausreichen, um die inländische Industrie vor zu starker Konkurrenz zu schützen.

In der *Nahrungs- und Genußmittelindustrie* hielt die Produktion bis Jahresmitte annähernd den Vorjahresstand. Die Produktion der Tabakfabriken mußte im 1. Halbjahr (gegenüber der gleichen Vorjahreszeit) um 9·6% eingeschränkt werden.

Umsätze und Verbrauch

Dazu Statistische Übersichten 6.1 bis 6.3

Während die Umsätze des Einzelhandels im Juni gewöhnlich zurückgehen (i. J. 1952 um 15%, i. J. 1953 um 3%), nahmen sie heuer um 2% zu. Sie waren dadurch wertmäßig um 16%, mengenmäßig um etwa 11% höher als im Vorjahr. Dieses verhältnismäßig günstige Umsatzergebnis ist hauptsächlich dem übersaisonmäßig schwachen Geschäftsgang im Mai, dem späten Pfingsttermin und dem schönen Wetter, insbesondere in der zweiten Monatshälfte, zuzuschreiben. Die Erwartung des Einzelhandels, daß der Umsatzausfall vom Mai im Juni ausgeglichen werden wird, hat sich allerdings nur zum Teil erfüllt. Im Durchschnitt der Monate Mai und Juni waren die Gesamtumsätze um 8% niedriger als im April, im Jahre 1953 aber nur um 3% und i. J. 1952 um 8%.

Die konjunkturelle Belebung der Einzelhandelsumsätze, die Anfang 1953 begonnen hat, setzte sich auch im II. Quartal 1954 fort. Während im I. Quartal die Umsätze wertmäßig um 8% und mengenmäßig um etwa 5% höher waren als im Vorjahr, lagen sie im II. Quartal um 16% bzw. 10% darüber. Insgesamt setzte der Einzelhandel im 1. Halbjahr dem Werte nach um 12%, der Menge nach um 8% mehr um als im Vorjahr. Dieser Zuwachs wurde teils durch die leichte Zunahme der Masseneinkommen, teils durch die Ausweitung der Teilzahlungskredite möglich. Überdurchschnittlich günstig entwickelte sich der Absatz von Möbeln und Wohnbedarf, von Lebensmitteln und der unter „Sonstiges“ zusammengefaßten Waren des elastischen Bedarfs.

Veränderungen der Einzelhandelsumsätze gegenüber dem Vorjahre

Branche	Wertmäßig		Mengenmäßig ¹⁾			
	I. Quartal	II. Quartal	1. Halb- jahr	I. Quartal	II. Quartal	1. Halb- jahr
	1954 gegenüber 1953 Veränderungen in %					
Lebensmittel	+13·1	+17·2	+15·2	+11·6	+14·4	+13·0
Tabak	— 7·8	+ 5·0	— 1·0	—19·4	— 8·2	—13·4
Textilien	— 5·1	+10·2	+ 3·0	+ 5·1	+10·2	+ 8·0
Schuhe	+ 2·0	+ 8·9	+ 6·1	+ 3·2	+ 8·9	+ 6·6
Möbel- und Wohnbedarf...	+11·6	+26·7	+19·5	+11·6	+24·9	+18·5
Sonstiges	+ 8·9	+19·9	+14·6	+ 8·8	+14·9	+12·1
Insgesamt ...	+ 8·0	+15·6	+12·0	+ 4·6	+10·2	+ 7·5

¹⁾ Berechnet durch gruppenweise Ausschaltung der Preisveränderungen mit dem Lebenshaltungskostenindex des Institutes (mit einigen Adaptierungen).

Im Juni war der Geschäftsgang in den einzelnen Branchen stark unterschiedlich. Infolge der Pfingstfeiertage sind die *Lebensmittelkäufe* um 2% gestiegen, während sie sonst im Juni meist abnehmen (1952 um 17%, 1953 um 2%). Sie waren wertmäßig um 17%, mengenmäßig um etwa 15% höher als im Vorjahr. Im Vergleich zum Vorjahr war der Geschäftsgang in Wien besser als in den Bundesländern.

Auch die Umsätze von *Tabakwaren* nahmen übersaisonnmäßig zu (+ 12% gegenüber + 4% i. J. 1953 und - 7% i. J. 1952), sie waren jedoch mengenmäßig noch immer um 4% geringer als im Vorjahr. Insgesamt hat die Tabakregie im 1. Halbjahr wertmäßig um 1%, mengenmäßig (nach Ausschaltung der Preiserhöhung) um 13% weniger abgesetzt als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Der Verkauf von Zigaretten hat um 13%, der von Rauchtobak um 5% abgenommen. Der Absatz von Zigarren hat sich im ganzen kaum verändert.

Inlandsabsatz von Tabakwaren¹⁾

	1. Halbjahr		1954 in % von 1953
	1953	1954	
Zigaretten, Mill. Stk.	3.324 ⁵	2.906 ³	87 ⁴
Zigarren „ „	33 ⁵	33 ⁷	100 ⁸
Rauchtobak „ „	633 ⁶	603 ⁷	95 ³
Wertumsätze, insg. Mill. S	906 ⁸	897 ⁴	99 ⁰

¹⁾ Nach Angaben der Austria Tabakwerke A. G.

Dank dem schönen, warmen Wetter haben die Käufe von *Schuhen*, die in den letzten Monaten sehr flau waren, um 7% zugenommen, während sie sonst im Juni meist stärker zurückgehen (i. J. 1952 um 22%, i. J. 1953 um 24%). Dadurch wurden die Umsätze des Vorjahres, die seit März nicht mehr oder nur knapp erreicht worden waren, wieder um 36% überschritten. Dagegen hat der Geschäftsgang im Einzelhandel mit *Textilien und Bekleidung* stark enttäuscht. Obwohl die Umsätze schon im Vormonat sehr schwach waren, nahmen sie im Juni um 15% ab, während sie im Vorjahr nur um 9% gefallen waren. Besonders flau war die Nachfrage nach Meterware und Konfektion, während Wirk- und Strickwaren, Wäsche und Weißwaren etwas besser gingen. Trotzdem waren die Umsätze noch um 4% höher als im Vorjahr (im April und Mai lagen sie allerdings um durchschnittlich 13% darüber). In den Bundesländern war der Geschäftsgang meist besser als in Wien.

Die schon seit März beobachtete Konjunktur im Einzelhandel mit *Möbeln, Teppichen und Gardinen* hat sich im Juni etwas abgeschwächt. Obwohl die Umsätze auch im Mai übersaisonnmäßig abgenommen haben, gingen sie im Juni abermals um 1% zurück, während sie im Juni 1953 um 7% zugenommen hatten.

Sie waren dennoch wertmäßig um 25% höher als im Vorjahr; in den Monaten März bis Mai lagen sie aber um durchschnittlich 37% darüber.

Besser als saisonmäßig entwickelte sich dagegen die Nachfrage nach *Hausrat, Glas, Porzellan*. Die Umsätze nahmen um 7% zu, während sie im Vorjahr nur um 5% gestiegen und i. J. 1952 sogar um 18% gesunken waren. Der Umsatzausfall des Vormonats konnte dadurch allerdings nur teilweise aufgeholt werden. Im Mai und Juni lagen die Umsätze um durchschnittlich 12% über denen des Vorjahres, im März und April aber um 29%.

Verhältnismäßig günstig war auch der Geschäftsgang in den unter „*Sonstiges*“ zusammengefaßten Waren, da die Nachfrage z. T. durch die Pfingstfeiertage angeregt wurde. Die Umsätze von *Drogerie- und Parfumeriewaren* stiegen um 7% (im Vorjahr nur um 3%), die von *Lederwaren* um 11% (4%). Das Umsatzvolumen des Vorjahres wurde durchwegs überschritten.

Das Bruttoaufkommen an *Umsatzsteuer* (einschließlich Rückvergütung) nahm im Juni um 3% auf 467 Mill. S zu und war um 17% höher als im Juni 1953. Demgegenüber sind die Einzelhandelsumsätze im Mai um 10% zurückgegangen und waren nur um 10% höher als im Vorjahr. Da die Entwicklung im Vormonat gerade umgekehrt verlief (die Einzelhandelsumsätze entwickelten sich günstiger als die Steuereingänge), dürften diese Unterschiede auf zeitliche Verschiebungen der Zahlungen und auf Abweichungen im Saisonablauf des Einzelhandels und der vorgelagerten Stufen zurückgehen.

An *Verbrauchssteuern* gingen im Juni 173⁸ Mill. S ein, um 1% weniger als im Mai und um 3% weniger als im Juni 1953. Gegenüber Mai sind hauptsächlich die Erträge der Tabaksteuer (- 4%), Biersteuer (- 7%), Weinsteuer (- 1%), Zuckersteuer (- 17%) und Zündmittelsteuer (- 6%) gefallen. Dagegen sind die Einnahmen aus der Mineralölsteuer (einschließlich Bundeszuschlag) saisonbedingt um 8% gestiegen, aus der Salzsteuer und der Leuchtmittelsteuer um 4%. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr entfällt vor allem auf die Bier- (- 21%) und Tabaksteuer (- 1%). Die meisten Verbrauchssteuern brachten dagegen mehr ein als im Vorjahr.

Arbeitslage

Dazu Statistische Übersichten 7.1 bis 7.16

Die Besserung der Arbeitslage hielt im Juli an. Die Zunahme der Beschäftigung und die Abnahme der Arbeitslosigkeit waren wie in den vorangegangenen Monaten größer als im Vorjahre. Während die Zahl der Beschäftigten übersaisonnmäßig fast ebenso

stark stieg wie im Juni, sank die Zahl der Arbeitslosen nur noch halb so stark wie im Vormonat.

Diese unterschiedliche Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit geht vor allem auf den Zustrom von Jugendlichen zurück, der heuer früher einsetzte und stärker war als sonst. Das Arbeitskräftepotential erhöhte sich im Juli um 9.500 auf 2.138.800¹⁾ und war Ende Juli um 37.800 größer als im Vorjahre. Trotz dieses Zustroms und trotz der noch immer relativ hohen Arbeitslosigkeit wurde bereits in einigen Branchen ein Mangel an Facharbeitern spürbar.

Die Zahl der *Beschäftigten* stieg im Juni um 24.400 (1,2%) auf 2.008.800; im Juli um weitere 20.200 (1,0%) auf 2.029.000. Ende Juli wurden um 62.100 Arbeitnehmer mehr beschäftigt als im Juli 1953 und um 48.600 mehr als im Juli 1952. Das Beschäftigungsniveau hat sich damit trotz der erheblich geringeren Zahl der Land- und Forstarbeiter dem des Jahres 1951 bis auf 5.500 genähert.

Von der Mehrbeschäftigung gegenüber dem Vorjahr entfielen Ende Juni ungefähr zwei Drittel (36.300) auf Männer und ein Drittel (18.100) auf Frauen²⁾, so daß die prozentuelle Zunahme bei beiden Gruppen gleich groß war. Allerdings hat die Zahl der beschäftigten Frauen bereits Mitte 1953 den Vorjahresstand überschritten, die der beschäftigten Männer erst in den besonders guten Baumonaten November und Dezember 1953 und ab März 1954.

In der Land- und Forstwirtschaft nahm die Zahl der Beschäftigten im Juni nur um 700 zu, im Juli um etwa 1.400 (im Vorjahr war die Zunahme dreimal und doppelt so hoch). Die Mechanisierung der Erntearbeiten war heuer besonders fühlbar. Dank der Konjunkturbelebung konnten aber die freigesetzten Landarbeiter in der übrigen Wirtschaft Beschäftigung finden, so daß die Zahl der Arbeitslosen in der Landwirtschaft im Juni allein um fast 1.500 sank. Gleichzeitig stieg die Zahl der offenen landwirtschaftlichen Stellen im Juni über den Vorjahresstand. Das deutet darauf hin, daß mehr Landarbeiter abwandern als durch die Mechanisierung freigesetzt werden. Ende Juni waren in der Land- und Forstwirtschaft um 5.700 weniger Arbeitskräfte beschäftigt als i. J. 1953 und um 12.500 weniger als i. J. 1951.

Die gewerbliche Wirtschaft beschäftigte im Juni 1.531.300 Arbeitnehmer, um 59.600 und 3.900 mehr als im Juni der Jahre 1953 und 1951. Gegenüber dem

Jahre 1951 hat allerdings nur die Zahl der Angestellten um 37.600 zugenommen, und zwar Männer und Frauen zu gleichen Teilen.

Beschäftigte in der gewerblichen Wirtschaft im Juni 1951 bis 1954

	Arbeiter		Angestellte		Zusammen
	M	W	M	W	
Juni 1951	817.000	367.000	192.800	150.600	1.527.400
Juni 1952	787.400	345.300	204.100	157.300	1.494.000
Juni 1953	758.500	346.000	206.000	161.300	1.471.800
Juni 1954	791.100	359.300	211.800	169.200	1.531.300

Die Bundesbahnen erhöhten im Juni ihren Arbeiterstand um 1.400, er lag mit 21.500 geringfügig über dem des Vorjahres.

Die Beschäftigung zu Jahresmitte war in allen Bundesländern höher als Mitte 1953; in Salzburg, Kärnten und im Burgenland wurde das Beschäftigungsniveau des Jahres 1952 noch nicht erreicht, in Wien, Steiermark, Tirol und Vorarlberg dagegen bereits das des Jahres 1951 überschritten.

Der Index der Beschäftigung in 1.678 Groß- und Mittelbetrieben stieg im Juni ebenso stark wie im Mai, obwohl saisongemäß nur eine langsamere Zunahme zu erwarten gewesen wäre. Saisonbedingt nahm heuer die Beschäftigung nur in drei Betriebsklassen ab, den E-Werken, der Lederindustrie und der Bekleidungsindustrie (im Vorjahr nahm sie in sieben ab).

Die Zahl der *vorgemerkten Stellensuchenden* sank im Juni um 22.000 (15,4%) auf 120.500 und im Juli um weitere 10.600 (8,9%) auf 109.900. Ende Juli gab es um 24.400 weniger Arbeitslose als im Juli 1953 und erstmals auch (um 7.000) weniger als im Jahre 1952. Gegenüber 1951 lag die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden im Juni um 39.600, im Juli nur noch um 35.500 höher. Die Rate der Arbeitslosigkeit ging von 5,7% im Juni auf 5,1% im Juli zurück (im Vorjahr von 6,8% auf 6,4%); ist aber noch immer höher als im November 1951. Von 120.500 vorgemerkten Stellensuchenden Ende Juni standen 940 (0,8%) noch in Arbeit, 2.700 waren unter 18 Jahren und 5.600 über 65 bzw. 60 Jahre alt. Fast ein Viertel der Arbeitslosen (28.800) wurden „als im Beruf beschränkt vermittlungsfähig“ bezeichnet.

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist bei den Männern günstiger gewesen als bei den Frauen, einerseits wegen der besonders guten Konjunktur für typische Männerberufe, wie Bau- und Metallarbeiter, andererseits infolge des stetigen Zustroms von Frauen auf den Arbeitsmarkt. Bei den Männern wurde daher schon fast der niedrige Arbeitslosenstand des Jahres 1950 erreicht, während bei den Frauen die Arbeitslosigkeit erst im Juli unter den Stand des Vorjahres und

¹⁾ Alle Zahlen für Juli 1954 sind vorläufig.

²⁾ Einschl. der Krankenfürsorgeversicherten und selbständig Erwerbstätigen der Gebietskrankenkassen.

des Jahres 1952 gesunken ist und noch weit über dem des Jahres 1950 liegt.

Die starke Abnahme der Arbeitslosigkeit auf breiter Front, die in den Frühjahrsmonaten zu beobachten war, setzte sich im Juni fort. Im Mai war die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden noch in 10 (von 27) Berufsklassen höher als im Mai 1953, im Juni nur noch in 5 (Textilarbeiter, Nahrungs- und Genußmittelarbeiter, gastgewerbliche Arbeiter, Reinigungsarbeiter und Hilfsarbeiter allgemeiner Art). Nach vorläufigen Meldungen im Juli ist inzwischen der Vorjahresstand auch bei den Textilarbeitern leicht unterschritten worden.

Mitte 1954 war die Gesamtzahl der vorgemerkten Stellensuchenden ungefähr ebenso hoch wie Mitte 1952. In Berufen, die hauptsächlich im Baugewerbe und in der Fertigwarenindustrie tätig sind, war die Lage bereits günstiger als Mitte 1952, für die Dienstleistungsberufe noch ungünstiger. Höher als im Vergleichsjahr war die Zahl der stellensuchenden Land- und Forstarbeiter (die Landwirtschaft litt i. J. 1952 vielfach noch unter akutem Arbeitermangel), der Bergarbeiter, der gastgewerblichen Arbeiter (die in den letzten Jahren einen großen Zustrom hatten), der Reinigungsarbeiter und der hauswirtschaftlichen Arbeiter (Hausgehilfinnen etc.). Trotz steigender Beschäftigung stieg die Arbeitslosigkeit auch in einigen Angestelltenberufen; die Zahl der arbeitslosen Techniker ist allerdings infolge der guten Konjunktur und wegen Auswanderung niedriger als vor zwei Jahren. Sehr viel höher war die Arbeitslosigkeit bei den stellenlosen Hilfsarbeitern, zu denen in den letzten zwei Jahren viele wenig leistungsfähige Arbeitskräfte aus anderen Berufen hinzugekommen sind.

Die längere Zeit ungünstige Arbeitslage beeinflusste die Dauer der individuellen Arbeitslosigkeit und damit auch die Zusammensetzung der Unterstützungsbezieher. Während der Kreis der Unterstützungsempfänger mit 92.600 bei fast unveränderter Zahl der Arbeitslosen etwa ebenso groß war wie i. J. 1952 (92.500), hat sich das Verhältnis zwischen Beziehern des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe nahezu umgekehrt; im Juni 1952 bezogen 54.200 Personen Arbeitslosengeld und nur 38.300 Notstandshilfe, im Juni 1954 dagegen waren es 38.700 und 53.900.

Die günstigere Beschäftigung spiegelt sich auch in einer steigenden Zahl offener Stellen. In fast allen Berufsklassen, in denen die Zahl der Stellensuchenden unter die des Jahres 1952 gesunken ist — aber auch in einigen anderen —, liegt die Zahl der offenen Stellen bereits höher als damals. Den Unternehmungen

gelingt es weniger leicht, geeignete Arbeitskräfte selbst zu finden und sie wenden sich daher häufiger an die Arbeitsämter.

Trotz der noch immer relativ hohen Arbeitslosigkeit beginnt sich eine Anspannung des Arbeitsmarktes abzuzeichnen. Im Baugewerbe, wo ein akuter Mangel an Facharbeitern und guten Hilfsarbeitern herrscht, konkurrieren die Unternehmer vielfach schon mit Prämien und Sonderzulagen um die knappen Arbeitskräfte. Vermutlich wird sich der Arbeitermangel in diesem Sektor in den nächsten Monaten — regional auch infolge der Hochwasserkatastrophe — weiter verschärfen. Trotzdem verlangsamte sich die Abnahme der arbeitslosen Bauarbeiter bereits im Juni merklich und war im Juli sogar geringer als im Vorjahre; ein Zeichen dafür, daß trotz der noch immer relativ großen Zahl von 9.624 stellensuchenden Bauarbeitern (sie betrug Ende Juli ungefähr 5% des Bauarbeiterpotentials und war mehr als doppelt so hoch als im Juli 1951) die Nachfrage aus den vorhandenen Arbeitslosen nur mehr schwer befriedigt werden kann. Ein leichter Mangel an Facharbeitern zeigte sich auch in anderen Berufen: bei den Metallarbeitern (besonders Elektroinstallateuren), Holzarbeitern (Möbeltischlern), Köchen und Köchinnen im Gastgewerbe u. a. m. In diesen Berufen war allerdings, soweit dies aus vorläufigen Zahlen für Juli ersichtlich ist, die Abnahme der Stellensuchenden noch bedeutend größer als im Juli 1953.

Der Facharbeitermangel wird in erster Linie durch Umschichtungen der Arbeitskräfte innerhalb der einzelnen Betriebe, aber auch innerhalb der Gesamtwirtschaft zu beheben sein. Geschickte Arbeitskräfte mit Erfahrung können die vorhandenen Lücken ausfüllen, während auf ihre Plätze zunächst minderqualifizierte Arbeitskräfte vorrücken. Außerdem können Arbeiter mit speziellen Fähigkeiten auch aus anderen Wirtschaftszweigen, in denen sie nicht voll ausgenützt sind, herangezogen werden. Umschulungs-, Nachschulungs- und Fortbildungskurse, wie sie von den Arbeitsämtern und insbesondere von den Wirtschaftsförderungsinstituten der Handelskammern in großer Zahl laufend veranstaltet werden, können zwar den Facharbeitermangel nicht beheben, aber die Umschichtung, die längere Zeit erfordert, sehr unterstützen.

Die Zahl der angemeldeten Lehrstellenbewerber, die seit Februar zunimmt, erreichte im Juni mit 37.000 einen neuen Höhepunkt und ist um 9.200 (33,2%) höher als im Vorjahre. Auch die Zahl der sofort verfügbaren Lehrstellenbewerber, die noch bis Mai langsam auf 5.000 sank, stieg im Juni erstmals wieder sprunghaft auf 11.400 an. Zwar erhöhte sich

auch die Nachfrage nach Lehrlingen im Juni (auf 4.200), erreichte jedoch, wie schon in den Vormonaten, nicht das Vorjahresniveau. Das für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit eingesetzte Ministerkomitee einigte sich u. a. auf einige durch den Jugendbeirat vorgeschlagene Maßnahmen, wie die Herabsetzung der Pflichtzahlen des Jugendeinstellungsgesetzes für Betriebe mit über 300 Beschäftigten, die Erhöhung der Abgabe für jene Betriebe, die sich ihrer Einstellungspflicht nach dem Jugendeinstellungsgesetz entschlagen wollen, und die versuchsweise Einführung von „Halbzeitbeschäftigung“ für Jugendliche, wie sie schon seit längerer Zeit unter der Bezeichnung „Werkschulplan“ von Dr. Rittinger propagiert wird.

Es ist aber unwahrscheinlich, daß diese Maßnahmen schon einen ausreichenden Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in diesem Herbst werden leisten können. Beachtenswert ist eine Aktion der N. Ö. Handelskammer, die unter gewissen Voraussetzungen Lehrherren, die sonst die Kosten der Haltung eines Lehrlings nicht bestreiten könnten, eine Prämie von 1.500 S pro Lehrling gewährt.

Zunahme der Beschäftigten und Abnahme der vorgemerkten Stellensuchenden im Jahre 1954 im Vergleich zum Vorjahre

Monat	Beschäftigte			Vorgemerkte Stellensuchende		
	Zunahme i. J. 1954	Differenz gegenüber d. Zunahme im Jahre 1953	Zunahme in % der Zunahme 1953	Abnahme i. J. 1954	Differenz gegenüber d. Abnahme im Jahre 1953	Abnahme in % der Abnahme 1953
März	+62.200	+14.300	130	-64.000	+11.900	123
April	+64.000	+ 5.300	109	-61.800	+11.100	122
Mai	+49.200	+20.100	169	-36.900	+16.300	179
Juni	+24.400	+ 9.200	161	-22.000	+ 8.300	161
Juli	+20.200	+ 7.600	161	-10.700	+ 1.800	121

Verkehr und Fremdenverkehr

Dazu Statistische Übersichten 8.1 bis 8.13

Der Güterverkehr der Bundesbahnen war im Monat Juni saisongemäß etwas schwächer als im Mai. Die Zahl der Wagenstellungen betrug bei gleicher Zahl von Arbeitstagen 153.639 Stück (-0,2%), die Leistung in netto-t-km sank um 4,7% auf 519,7 Mill. Zugenommen haben die Transporte von Erz und Papier, für Baustoffe (einschließlich Zement) wurden ungefähr gleichviel Wagen angefordert wie im Vormonat. Auch der Sammelladungs- und Stückgutverkehr blieb nahezu unverändert. Gegenüber Juni 1953 war der Güterverkehr um 15,4% (netto-t-km) und 9,8% (gestellte Wagen) höher. Vor allem die Transporte von Holz, Baustoffen und Papier lagen über dem Vorjahresniveau.

Die Wagenlage war im allgemeinen befriedigend, die Wagenanforderungen konnten zu 95,9% gedeckt

Wagenstellungen nach Güterarten

(Voll- und Schmalspur)

	1954		Veränderung		Arbeitstag gegen Vormonat
	Mai	Juni	Monatsergebnis Vorjahr	gegen Vormonat	
			%	%	%
Insgesamt	153.888	153.639	+ 4'7	- 0'2	- 0'2
davon					
Kohle, Koks	18.789	18.816	- 6'1	+ 0'1	+ 0'1
Holz	22.808	22.773	+15'8	- 0'2	- 0'2
Baustoffe	25.041	25.148	+14'6	+ 0'4	+ 0'4
Eisen, Metalle	10.470	9.731	- 1'3	- 7'1	- 7'1
Papier, Zellstoff	5.320	5.600	+28'0	+ 5'3	+ 5'3
Erze	6.625	7.436	- 2'2	+12'2	+12'2
Kunstdünger	2.823	2.484	+41'1	-12'0	-12'0
Nahrungsmittel	9.283	7.988	- 5'4	-14'0	-14'0
Stückgut	25.566	25.663	- 2'6	+ 0'4	+ 0'4
Sammelgut	4.319	4.367	+ 8'0	+ 1'1	+ 1'1
Zuckerrüben	5	2	± 0'0	-	-
Andere	22.839	22.631	+ 4'3	+ 3'5	+ 3'5

werden. Schwierig war es nur, genügend Kühlwagen (hauptsächlich für Beerenobst im Bereich Wien und Käse im Bereich Innsbruck) bereitzustellen. Fremdwagen helfen jedoch den Engpaß überwinden. Für den Milchtransport von Stainach-Irdning nach Deutschland wurden zwei weitere DB-Kühlwagen eingesetzt, so daß gegenwärtig acht Wagen im Pendelverkehr laufen.

Der Reiseverkehr der ÖBB stieg im Juni dank der beginnenden Urlaubssaison, mehr aber infolge des Feiertagsverkehrs (Pfingsten). Die Zahl der verkauften Karten stieg von 5,1 Mill. Stück auf 5,5 Mill. und erreichte damit den Vorjahresstand. Wenn man berücksichtigt, daß im Vorjahr Pfingsten schon in den Mai fielen, war der Personenverkehr relativ schwächer als vor einem Jahr.

Der Personen-Straßenverkehr von Bahn und Post wurde durch die Pfingstfeiertage nicht belebt. Die Beförderungsleistung im Linienverkehr war sogar mit 6,93 Mill. beförderten Personen etwas geringer als im Mai und blieb um 10% unter dem Vorjahresstand. Lediglich der Gelegenheitsverkehr erhöhte sich gegenüber Mai. Der private Linienverkehr ging im Mai (Juni-Daten liegen noch nicht vor) auf 2,76 Mill. beförderte Personen zurück (April: 3,55 Mill.) und war um 3% niedriger als 1953.

Die Zulassung fabriksneuer Kraftfahrzeuge erreichte im Juni 7.440 Einheiten (Mai 7.556), 21% mehr als im Juni 1953.

Im Schiffsverkehr auf der Donau wurden 222.516 t befördert, davon 56.309 t im Transit durch die jugoslawische Schifffahrt. Während der Transit um 45% stieg, ging der übrige Verkehr um 13% zurück, hauptsächlich infolge geringerer Transporte von Kohle, Mineralöl und Eisenblechen.

Der Fremdenverkehr belebte sich im Juni mehr als saisongemäß. Die Zahl der Übernachtungen stieg von 1,07 Mill. auf 2,11 Mill. und erreichte damit

Schiffsverkehr auf der Donau

	März	1 9 5 4		
		April	Mai	Juni
Gesamt	163.891	213.598	228.900	222.516
Einfuhr	103.974	114.975	124.304	188.449
Ausfuhr	27.613	41.869	51.017	52.633
Inland	15.340	22.930	14.805	13.125
Transit	16.964	33.824	38.774	56.309
Hafenumschlag				
Linz	117.639	150.692	155.941	138.499
Wien	43.493	45.192	43.493	37.912
Waren¹⁾				
Kohle	99.218	110.498	112.498	90.509
Roheisen	6.884	16.483	23.592	25.627
Bleche	4.634	6.907	9.027	7.196
Mineralölprodukte ²⁾	11.184	17.969	24.327	19.577
Anderer	25.007	27.917	20.994	23.298

¹⁾ Ohne Transit. — ²⁾ Benzin, Gasöl, Heizöl.

einen Stand, der zu dieser Jahreszeit noch nie erzielt werden konnte. Die Zunahme ist ausschließlich dem starken Ausländerverkehr zu danken, der sich gegen Mai nahezu verdreifachte, um 42% höher war als 1953 und mit 1'05 Mill. Übernachtungen erstmals den Inländerverkehr (1'06 Mill.) annähernd erreichte. Auch die Zahl der Grenzübertritte einreisender Ausländer erhöhte sich gegen Mai um 82% und lag mit 1'39 Mill. Personen um 76% höher als Juni 1953. Von den einreisenden Personen bedienten sich 81% des Straßenverkehrs.

Der Besuch ausländischer Gäste brachte im Juni Deviseneinnahmen von 255'0 Mill. S, 93% mehr als im Mai und 41% mehr als im Juni 1953. Die Deviseneingänge waren mit 43'4 Mill. S zwar mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahre, jedoch gemessen an den Einnahmen und der Zahl der Auslandsreisen von Österreichern relativ niedrig.

Verkehr und Fremdenverkehr im 1. Halbjahr 1954

Die Verkehrsleistungen im 1. Halbjahr 1954 waren trotz der Konjunkturbelebung im Durchschnitt nicht viel höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Dies geht auf die witterungsbedingte Behinderung des Verkehrs (insbesondere der Schifffahrt) in den Monaten Jänner und Februar zurück. Erst im II. Quartal wurde die steigende Transportfrage auch in den Verkehrsleistungen ersichtlich. Freilich hielt sich die Zunahme noch in relativ engen Grenzen.

Im Güterverkehr lag die Transportleistung der Bahn um 13% (netto-t-km) und 3'4% (Wagenstellungen) über dem Halbjahresergebnis 1953. Es wurden vor allem mehr Baustoffe, Papier, Zellstoffwaren, Holz sowie Eisen und Metalle befördert. Die seit Jahren zu beobachtende Verlagerung vom Fracht-Stückgutverkehr auf den Sammelgutverkehr hielt auch in der Berichtszeit an. Während der Stückgutverkehr leicht zurückging, nahm der Sammelgutverkehr um 18% zu. Diese Umschichtung — vorwiegend ein Erfolg der Speditionsfirmen — liegt auch im Interesse der Bahn, da der Stückgutverkehr wegen der hohen Manipulationskosten und der schlechten Wagenausnutzung meist ertraglos ist. Neben dem Binnen-

verkehr belebte sich auch der Ein-, Aus- und Durchfuhrverkehr. Die gesamte beförderte Gütermenge stieg um 12%; der Exportverkehr um 20%, der Transitverkehr um 6%.

Der Güterverkehr auf der Donau blieb infolge der ungünstigen Wasserstands- und Witterungsverhältnisse um 30% unter dem Vorjahresergebnis; vor allem fielen viele Bergfrachten aus, die auch durch die sehr gute Auftragslage in den Monaten Mai und Juni nicht kompensiert werden konnten. Der Schiffsverkehr von Wien abwärts konnte trotz der in der Berichtszeit abgeschlossenen Schifffahrtsverträge noch nicht aufgenommen werden. Im Juli wurde eine Verfrachtung nach Bulgarien und Jugoslawien durchgeführt, wobei es sich jedoch um minimale Gütermengen aus der Schweiz und Deutschland handelte. Im Herbst soll Österreich größere Getreidesendungen aus dem Südosten nach Westeuropa transitieren. Die Fracht kann jedoch von der österreichischen Schifffahrt erst in Wien übernommen werden, da die südosteuropäischen Länder frei Grenze liefern.

Über den Güterverkehr auf der Straße fehlen statistische Unterlagen. Die vermehrte Zulassung fabriksneuer Lastkraftwagen (gegenüber dem 1. Halbjahr 1953 um 87%), der höhere Verbrauch an Dieselmotoren (+10%) und die relativ günstigen Berichte der Fachverbände lassen vermuten, daß das Transportvolumen — insbesondere im Werkverkehr — gestiegen ist.

Verkehr und Fremdenverkehr im 1. Halbjahr 1953 und 1954

	1. Halbjahr 1953	1. Halbjahr 1954	1953=100
Güterverkehr			
Bahn			
netto-t-km (Mill.)	2.732'6	3.089'0	113'0
Wagenstellungen (1.000)	836'5	864'9	103'4
Schifffahrt			
Insgesamt (1.000 t)	1.365'3	948'6	69'5
Transit (1.000 t)	80'0	150'0	187'5
Personenverkehr			
Bahn			
verkaufte Karten (Mill.)	31'2	28'9	92'6
Wagenachs-km (Mill.)	316'6	339'9	107'4
Straßenverkehr (beförd. Pers.)			
Bahn und Post (Mill.)	47'7	43'3	90'8
privater Linienverkehr (Mill.) ..	17'5	17'7 ¹⁾	101'1
Luftverkehr			
beförderte Personen (1.000)	31'1	36'7	118'0
Zulassung neuer Fahrzeuge			
Insgesamt	34.349	41.639	121'2
davon Motorräder	22.412	24.505	109'3
Personenkraftwagen	4.256	8.739	205'3
Lastkraftwagen	1.925	3.601	187'1
Fremdenverkehr			
Übernachtungen			
Insgesamt (1.000)	6.228'7	6.996'7	112'3
davon Ausländer	2.586'0	3.211'5	124'2
Inländer	3.642'7	3.785'2	103'9
Deviseneinnahmen (Mill. S)	544'6	766'2	140'7
Devisenausgaben (Mill. S)	84'4	151'9	179'1
Saldo	460'2	614'3	133'5

¹⁾ Juni 1954 geschätzt.

Der Personenverkehr war im 1. Halbjahr 1954 sowohl im Bahn- wie Straßenverkehr geringer als im Vorjahr. Die Frequenz der Bahn sank um 7%, im entgeltlichen Überland-Straßenverkehr um 9%. Auch hier hat zum Teil die ungünstige Witterung — in den ersten

Monaten des Jahres war der Bahnverkehr streckenweise wiederholt eingestellt und im Frühjahr senkte die Regenperiode die Reiselust — die Verkehrsleistung gedrückt. Darüber hinaus dürfte auch die Fahrpreiserhöhung vom 1. Jänner 1954 den Verkehr beeinträchtigt haben. Wie weit die zunehmende Motorisierung den Personenverkehr der Bahn verminderte, kann noch nicht beurteilt werden. Entscheidend dürfte dieser Einfluß jedoch nicht sein, da es sich vielfach um einen Personenkreis handelt, der dem Reiseverkehr zusätzlich zugeführt wird und außerdem die Zahl der neuen Fahrzeughalter doch relativ gering ist.

Der private Personenverkehr auf der Straße hat zufolge der Zulassungstatistik fabriksneuer Fahrzeuge weiter zugenommen. Es wurden um 9% mehr Motorräder und um 105% mehr Personenwagen zum Verkehr zugelassen als vor einem Jahr. Diese unterschiedliche Entwicklung hat verschiedene Ursachen. So wurden dank der Liberalisierung die Preise für Personenkraftwagen relativ stärker gesenkt als für Motorräder (die nicht liberalisiert wurden), ferner ist der Erneuerungsbedarf bei Personenkraftwagen viel größer als bei Kraftträdern und schließlich konnte die Inlandsproduktion von Motorrädern den Binnenmarkt nicht ausreichend beliefern, da ein erheblicher Teil der Produktion exportiert wurde.

Im Luftverkehr konnte das vorjährige Ergebnis mit 36.723 beförderten Personen um 18% überschritten werden. Die Ein- und Ausflüge waren nahezu gleich stark. Das Verhältnis der Verkehrsichte auf den einzelnen Flugplätzen hat sich nur geringfügig geändert. Gegenüber dem Verkehr auf den Wiener Flugplätzen hatte auch in der Berichtszeit der Flugverkehr der Landeshauptstädte nur eine untergeordnete Bedeutung.

Im *Fremdenverkehr* wurden 12% mehr Übernachtungen gezählt als im Vorjahr. Der Inländerverkehr lag um 4%, der Ausländerverkehr um 24% höher, vor allem, da die Besuche aus Deutschland weiter stiegen. Die Zahl der Grenzübertritte einreisender Ausländer erhöhte sich von 2'55 Mill. auf 3'61 Mill. oder um 42%. Fast gleich stark, nämlich um 40'7%, stiegen auch die Deviseneinnahmen. Die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr werden im Jahre 1954 voraussichtlich die Zweimilliardengrenze überschreiten.

Außenhandel

Dazu Statistische Übersichten 9.1 bis 9.9

Im Juni war die 75%ige Liberalisierung der Einfuhren aus den OEEC-Staaten erstmals voll wirksam. Die rückläufige Saisonbewegung sowie die jüngsten Zollerhöhungen dämpften jedoch die erwartete Importwelle. Während im Vorjahr die Einfuhr von Mai bis Juni um 15% zurückging, sank sie heuer wertmäßig nur um 5%; mit 1.293 Mill. S war ihr Volumen im Juni 1954 (109% von 1937) nur geringfügig niedriger als im Vormonat, aber bedeutend höher als im Vergleichsmonat 1953 (85% von 1937). Die Ausfuhr war mit 1.290 Mill. S um 40 Mill. S niedriger als im Mai; infolge der beginnenden Urlaubssaison sank auch die arbeitstäufige Exportleistung (53'8 Mill. S) unter die vom Mai (55'4 Mill. S).

Die Handelsbilanz war im Gesamtverkehr nahezu ausgeglichen (Einfuhrüberschuß 3 Mill. S gegen 36 Mill. S im Vormonat) und im kommerziellen Verkehr mit 51 Mill. S (gegen 46 Mill. S im Mai) aktiv.

Die *Einfuhr* kommerzieller Waren ging viel weniger zurück als die ERP-Importe. Das Volumen der kommerziellen Einfuhr lag sogar nur einen Punkt unter dem Höchststand vom März. Die ERP-Lieferungen waren dagegen weit geringer als im Vormonat (55 Mill. S gegenüber 82 Mill. S). Infolge der erhöhten Zollsätze — die Zolleinnahmen stiegen auf einen Rekordstand von 81'8 Mill. S — war die Einfuhr stärker mit Zöllen belastet als bisher (6'3% im Juni gegenüber 5'7% im Mai).

Der Anteil der Fertigwaren an den Importen ist weiter gestiegen. Die Liberalisierung und die largere Devisenzuteilung für nicht liberalisierte Waren dürften diese Tendenz verstärkt haben. Die Entwicklung ist allerdings nicht einheitlich. Die Einfuhr von Personenautos stieg um nahezu 450 Stück und hat mit 2.211 Stück (59'8 Mill. S) ihren höchsten Wert seit Kriegsende erreicht. Ferner wurden mehr Papierwaren, Farben, Traktoren, Metallbearbeitungsmaschinen und andere Industriemaschinen eingeführt. Dagegen wurden die Importe von Textilien, Leder und Medikamenten — offenbar wegen der kräftigen Zollerhöhung und dank früherer Vorratskäufe — zum Teil stark eingeschränkt. An Rohstoffen wurden lediglich mehr Tabak und Schafwolle bezogen.

In der *Ausfuhr* dominiert weiterhin Holz (mehr als 200.000 t und mehr als 300 Mill. S). Die Exporte der Papier-, Pappe- und Papierwarenindustrie überstiegen erstmals die 100-Mill.-S-Grenze. Auch an Aluminium (vor allem in Italien und Westdeutschland) und an Eisen und Stahl (ab Juni wurde Roh-eisen in die Ausfuhrvergütung einbezogen) konnte mehr abgesetzt werden; die Ausfuhren von Magnesit sind hingegen zurückgegangen.

Das Handelspassivum gegenüber den OEEC-Staaten war mit 54 Mill. S geringer als im Mai (81 Mill. S). Der Überschuß im Zahlungsverkehr mit der EZU erreichte trotz des hohen Fremdenverkehrs mit 9'6 Mill. \$ im Juni und 7'6 Mill. \$ im Juli nicht das Ausmaß der entsprechenden Vorjahrsmonate (15'2 und 18'1 Mill. \$). In einigen Zahlungsabkommen (und zwar mit Deutschland, Frankreich, Schweden und Schweiz) wurde beschlossen, den Zahlungsverkehr zu dezentralisieren. Diese Regelung wird den Außenhandelskaufleuten Gestionskosten ersparen. Weiters kommt ihnen zugute, daß ab Mitte August für EZU-Devisen generell die Ablieferungspflicht auf-

gehoben und die interne Konvertierung möglich wird¹⁾. Die Freigabe der Kursbildung für argentinische und brasilianische Verrechnungsdollars soll überdies den Handelsverkehr mit den lateinamerikanischen Schuldnerstaaten Österreichs flottmachen.

Infolge günstiger Entwicklung der „Preisschere“ — die Einfuhrpreise sanken unter das 10fache des Vorkriegsniveaus, während sich die Ausfuhrpreise erholten (735% von 1937 gegen 706% im Mai) — verbesserte sich das *Austauschverhältnis* im Außenhandel und entsprach mit 75% von 1937 erstmalig wieder dem Wert vom Juli des Vorjahres.

Im *II. Quartal 1954* hat sich der Außenhandel saisonüblich belebt. Gegenüber dem I. Quartal stieg der Einfuhrwert um 6% auf 3.846 Mill. S und der Ausfuhrwert um 10% auf 3.955 Mill. S. Da die Ausfuhr stärker stieg, trat an die Stelle des Handelsbilanzdefizites von 47 Mill. S (einschl. ERP-Importe) im I. Quartal, im II. Quartal ein Aktivum von 109 Mill. S.

¹⁾ Die praktische Wirkung dieser Maßnahme wurde allerdings schon durch die schrittweise Erstreckung des Belasungszeitraumes auf zuletzt 180 Tage weitgehend vorweggenommen.

Gegenüber dem II. Quartal 1953 hat sich die Einfuhr nur wenig verändert. Damals betrug der Einfuhrwert 147 Mill. \$, heuer 148 Mill. \$. (In Schillingen ergibt sich allerdings eine stärkere Steigerung, da ein Teil des Außenhandels des II. Quartals 1953 noch in die Zeit fällt, in der der Dollar mit 21'36 S bewertet wurde.) Mengenmäßig wurde jedoch weniger eingeführt (1'78 Mill. t gegenüber 1'92 Mill. t im Vorjahr), da die verringerten Getreideimporte durch erhöhte Fertigwarenimporte nicht kompensiert wurden.

Die Ausfuhr war im II. Quartal 1954 bedeutend höher als vor einem Jahr, da sich damals die eben erst durchgeführte Wechselkursangleichung noch kaum bemerkbar machte, heuer aber voll wirksam ist und durch die Konjunkturbelebung auf den europäischen Märkten noch verstärkt wird. Der Dollarwert der Ausfuhr war um 19% (der Schillingwert um 28%) höher als im Vorjahr, die Ausfuhrmenge hat um 8% zugenommen.

Ein- und Ausfuhr

	Gesamteinfuhr			Ausfuhr		
	1.000 t	Mill. S	Mill. \$	1.000 t	Mill. S	Mill. \$
II. Quartal 1953	1.920	3.538	147'0	1.304	3.078	127'4
I. Quartal 1954	1.895	3.631	139'7	1.205	3.584	137'9
II. Quartal 1954	1.782	3.846	148'0	1.411	3.955	152'1